



# DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



## Was kostet Corona?

Die Pandemie und die Landeskasse



**Rückblick**  
75 Jahre  
Landtag

**Überblick**  
Die Finanzlage  
im Norden

**Ausblick**  
Pandemie-Experten  
schauen nach vorne

## 03 Meldungen

### Was kostet Corona?

05 Zahlen aus Wirtschaft und Staatshaushalt

06 Haushalt 2021: Land macht Schulden und investiert

08 Green Deal, Dispozinsen, Wirtschaftshilfen, Renten, Hilfe für Studenten und Profisport

10 **Rückblick 1946:** 75 Jahre erster Landtag – Gedanken von Ex-Landtagspräsident Karl Ratz



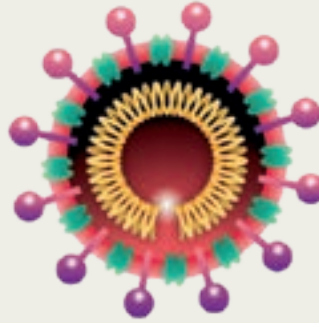
Der erste Landtag traf sich im Kieler Stadttheater

12 Das Quiz zum Jubiläum

13 Gedenken an die Auschwitz-Befreiung und die „Cap Arcona“

14 **Personalien,** die neue Behindertenbeauftragte Michaela Pries, Interview mit Gebärdensprachdolmetscher Raffael Canal

16 **Im Zentrum:** Zahlen, Daten, Fakten und Tabellen zur Finanzlage in Land und Bund



Corona: kleines Virus, große Auswirkungen auf die öffentlichen Kassen

18 **Plenum:** Mehrere Sondersitzungen zu den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz, Sportvereine in Not, Nachwuchs für den Justizvollzug gesucht, mehr Einheitlichkeit im Schulsystem, Hilfe für Heim-Opfer, neuer Glücksspielstaatsvertrag, Aktionsplan gegen Rassismus

23 **Die Seite für das Ehrenamt**

24 **Anhörung:** Landtag befragt Corona-Experten



Der Lübecker Infektiologe Prof. Jan Rupp schilderte seine Sicht auf die Pandemie

26 **Ausschüsse:** Debatte über „Notparlament“, Ausbau des Schienenverkehrs, neuer NDR-Staatsvertrag

28 **Leichte Sprache:** Impfen und Testen gegen Corona

29 **Bücher:** Corona und die Verfassung, Blick auf die Grünen, Plädoyer für Schwarz-Rot-Gold, Impressum

30 **Im Porträt:** Johannes Callsen (CDU), Doris von Sayn-Wittgenstein (fraktionslos)

31 **Ins Bild gerückt:** Zu Besuch im Landeshaus

32 **Termine, Termine, Termine**



## Der Schnappschuss

Kerzen in der Dunkelheit als Zeichen der Erinnerung und des Mitgefühls: Der Landtag unterstützte Ende Januar die Aktion **#lichtfenster** für die Opfer der Corona-Pandemie, die Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ins Leben gerufen hatte.

ZÄHLBARES

14.689.832.800

Knapp 14,7 Milliarden Euro will das Land im laufenden Jahr ausgeben.

Mehr zu dem Zahlenwerk ab Seite 5



## Landtag trauert um Corona-Opfer



Ein Jahr nach Ausbruch der Corona-Pandemie in Deutschland hat der Landtag Ende März der Opfer gedacht und all jenen gedankt, „die durch ihren Einsatz im Gesundheitswesen, in den Pflege-, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, im Polizei-, Feuerwehr- und Rettungsdienst und in der Forschung dafür sorgen, dass unser Gemeinwesen weiter funktioniert“. Landtagspräsident Klaus Schlie erinnerte daran, dass der erste deutsche Corona-Tote ein Mann aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg war, der im März 2020 während eines Ägypten-Urlaubs starb.

„Wir sind bei allen, die aufgrund der Pandemie um die Gesundheit ihrer Lieben, um ihre wirtschaftliche Existenz oder um die Zukunft ihrer Kinder bangen“, so Schlie. „Die Pandemie mutet uns allen Ungeheures zu“, sagte der Landtagspräsident. Er dankte den Menschen im Lande „für ihre Disziplin und ihre Solidarität mit den Schwachen, den Gefährdeten“. Auch in dieser „Zeit großer Unsicherheit, großer Sorgen und oft voller Einsamkeit“ gebe es aber „einen deutlichen Lichtstreif am Horizont“.

## 75 Jahre Landtag: Keimzelle der schleswig-holsteinischen Demokratie

Die Eröffnung des ersten ernannten Landtages im Jahr 1946 war „der wichtigste erste Schritt Schleswig-Holsteins auf dem Weg zu einem demokratischen Neubeginn in einer äußerst schwierigen Zeit“. Darauf hat Landtagsvizepräsidentin Aminata Touré am 26. Februar, dem 75. Jahrestag der ersten Landtagssitzung nach dem Krieg, hingewiesen. Das Treffen der damaligen Abgeordneten im Kieler Stadttheater habe zudem „die Weichen für ein eigenständiges Land Schleswig-Holstein gestellt“, unterstrich die

Vizepräsidentin zum Beginn der Plenarsitzung. Das nördlichste Bundesland wurde schließlich im August 1946 ins Leben gerufen. Mit Blick auf die Corona-Pandemie betonte Touré: „Wir können in der enormen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbauleistung von damals einen Ansporn sehen, den gegenwärtigen gewaltigen Herausforderungen unserer Gesellschaft mit Selbstvertrauen zu begegnen.“

**Mehr zum Landtagsjubiläum ab Seite 10**

## Clearing-Stelle zum Windkraft-Ausbau beim Landtag

Eine sogenannte Clearing-Stelle beim Landtag soll künftig Konflikte über den Ausbau der Windenergie auf kommunaler Ebene entschärfen. Das hat das Parlament Ende Februar einstimmig beschlossen. Die neue Stelle soll unabhängige Beratung anbieten und für mehr Akzeptanz der Windkraft bei Bürgern und Gemeinden werben.

Vorgesehen ist eine auf drei Jahre vom Landtag gewählte Führungskraft, die ähnlich unabhängig agiert wie die Bürger- oder der Behindertenbeauftragte. Das heißt auch: Die neue Stelle ist Behörden gegenüber nicht weisungsbefugt. Neben der Leitung wird der Posten mit einer Stellvertretung und einer Bürokraft ausgestattet.

## Wortwörtlich

„Ich bin überzeugter Transatlantiker, und trotz der Trump-Präsidentschaft und anderer Entwicklungen sollten wir Deutsche dankbar sein für die Verantwortung, die Amerika bei der Befreiung von der Nazi-Diktatur und beim Aufbau und Schutz unseres Landes wahrgenommen hat. Trotzdem halte ich ein strategisches Konzept, das auf wechselseitiger atomarer Bedrohung basiert, im Jahr 2021 für grundfalsch.“

(Ralf Stegner, SPD)

...

„Wenn wir den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen, bedeutet das in letzter Konsequenz, dass Deutschland auf die nukleare Teilhabe verzichtet und die NATO-Staaten insgesamt auf ihre Nuklearstrategie verzichten sollten. Ich stelle die Frage: Glauben Sie wirklich, dass die Welt dadurch sicherer würde?“

(Tobias von der Heide, CDU)

...

„Ein Beitritt ist für uns sowohl eine moralische als auch eine politische Verpflichtung. Meine Damen und Herren, die Sprengkräfte, die jetzt mit den Atombomben zur Verfügung stehen, werden ein Vielfaches an Menschenleben zerstören.“

(Andreas Tietze, Grüne)

...

„Eine deutsche Unterschrift unter dem Verbotsvertrag würde vor allem eines deutlich machen: Auf Deutschland können sich unsere europäischen Partner und Nachbarn nicht mehr verlassen.“

(Stephan Holowaty, FDP)

...

„So wünschenswert der Verzicht auf Atomwaffen ist, so unrealistisch ist dieser vor dem derzeitigen Hintergrund. Atomwaffen sind Teil des Abschreckungspotentials von uns und unseren Verbündeten. Ein Verzicht wäre nur denkbar, wenn alle Staaten ihr Bedrohungspotential abbauen wollen.“

(Lars Harms, SSW)

...

„Die Voraussetzungen für den Beitritt zu diesem Vertrag sind faktisch noch nicht gegeben. Denn zuvor müssen die in Deutschland stationierten Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.“

(Energiewendeminister

Jan Philipp Albrecht, Grüne)

”

Aus der Debatte am 25. Februar über die Frage, ob Deutschland dem internationalen Atomwaffenverbotsvertrag beitreten sollte. Der Vertrag ist Ende Januar in Kraft getreten. 51 Staaten haben ihn bisher unterzeichnet, Deutschland und die fünf Atomwaffenmächte USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China jedoch nicht.

## „Minority Safepack“ abgewiesen: scharfe Kritik an Brüssel

**Die EU-Kommission hat es Mitte Januar abgelehnt, Forderungen der Volksinitiative „Minority Safepack“ nach mehr Rechten für nationale und sprachliche Minderheiten nachzukommen. Die Landespolitik reagierte enttäuscht.**

Die von der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV) in Flensburg angestoßene Kampagne fordert europaweit verbindliche Minderheitenrechte, etwa in den Bereichen Bildung, Kultur und politische Teilhabe. 1,12 Millionen Unterzeichner in der ganzen EU wie auch Landtag und Landesregierung haben das Vorhaben unterstützt. Die EU habe jedoch „keine allgemeine Gesetzeskompetenz“ in diesem Bereich, heißt es in der Stellungnahme aus Brüssel.

Ende März hat der Landtag die EU-Kommission einstimmig aufgefordert, sich erneut mit der Initiative zu befassen und deren Anliegen „mindestens schrittweise“ umzusetzen. Landes- und Bundesregierung wurden aufgerufen, in Brüssel Druck zu machen. Zudem erneuerte das Parlament die Forderung nach einem EU-Minderheitenkommissar und nach der Verankerung des Minderheitenschutzes im Grundgesetz. Es gehe um die Rechte von 100 Millionen Menschen in der EU, die 340 autochthonen Minderheiten angehörten und die 60 Regional- oder Minderheitensprachen verwendeten, heißt es in einem überfraktionellen Antrag. Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) kündigte ein Gespräch mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an.

## Mehr Berufschancen für Behinderte gefordert

Menschen mit Behinderung brauchen ein breiteres Angebot an beruflichen Perspektiven. Das haben die Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern Mitte März bei ihrem jährlichen Treffen in Berlin gefordert. Derzeit würden Menschen mit Behinderung „in bestimmte Berufe und Maßnahmen gedrängt, die angeblich für sie besonders geeignet sind“, betonen die Beauftragten in einer gemeinsamen Erklärung. Um gegenzusteuern, sollen Betriebe, die keine Behinderten beschäftigten, höhere Ausgleichszahlungen entrichten müssen als bisher. Aktuell müssen Arbeitgeber, bei denen Menschen mit Behinderung weniger als fünf Prozent der Belegschaft ausmachen, bis zu 320 Euro im Jahr für jede nicht besetzte Stelle zahlen.

Zudem betonen die Beauftragten: „Der immer noch anzutreffenden Gleichsetzung einer Behinderung mit einer Leistungseinschränkung sollte aktiv durch verstärkte Beratungsangebote entgegengewirkt werden.“ Lehrkräfte an Berufsschulen müssten entsprechend aus- und fortgebildet werden. Die fortschreitende Digitalisierung biete die Chance, „Arbeitsplätze auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung adäquat auszurichten und mit Hilfe technischer Infrastruktur barrierefrei einzurichten“. Aktivitäten in diesem Bereich seien derzeit dringend erforderlich, denn behinderte Menschen seien in Folge der Corona-Pandemie besonders stark von Arbeitslosigkeit bedroht.

## EU-Reform: Landesparlamente wollen mitreden

Die „Konferenz zur Zukunft Europas“ soll bis Ende 2022 Vorschläge für eine Weiterentwicklung der EU erarbeiten. Die EU-Kommission will dafür Bürger und Politik zusammenbringen. Bei diesem Prozess müssen die Interessen der Regionalparlamente beachtet werden – darauf pochen die Präsidenten der deutschsprachigen Landtage aus Deutschland, Österreich, Belgien und Südtirol. Die Parlamentsoberhäupter kamen Anfang Februar in einer Videokonferenz zusammen. Insbesondere Budgethoheit und „Verfassungsidentität“ der Gebietskörperschaften seien zu wahren, heißt es in einer

gemeinsamen Erklärung. Notwendig sei auch „die Einrichtung eines regelmäßigen Runden Tisches der Präsidentinnen und Präsidenten mit dem Steuerungsgremium der Konferenz“, um den „ergebnisoffenen Prozess zu möglichen Vertragsänderungen“ zu begleiten. Die Landesparlamente seien „die unentbehrlichen Fundamente für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, betonte Landtagspräsident Klaus Schlie, der derzeit den Vorsitz der deutschen Landtagspräsidentenkonferenz innehat.

## Brodehl ist den LKR beigetreten

Der im vergangenen September aus der AfD-Fraktion und auch aus der Partei ausgetretene Parlamentarier Frank Brodehl hat sich der Partei Liberal-Konservative Reformer (LKR) angeschlossen. Das gab Brodehl Mitte Januar bekannt. Die LKR sind die siebte Partei im aktuellen Landtag und die insgesamt 15. Partei, die seit 1946 im Landesparlament vertreten ist. Die LKR waren 2015 aus einer

Abspaltung von wirtschaftsliberalen und konservativen Kräften aus der AfD entstanden. Die Partei ist auch mit zwei Abgeordneten im Landtag von Hannover, mit zwei Parlamentariern im Bundestag sowie mit einem in der Bremer Bürgerschaft vertreten. Brodehl hatte die AfD nach eigener Aussage wegen der Radikalisierung der Partei verlassen.



# Corona ist teuer ...

## ... für den Staat

Im ersten Corona-Jahr 2020 haben Bund und Länder **54 Milliarden Euro weniger** an Steuern eingenommen als im Jahr 2019. Das ist ein **Rückgang von 8 Prozent**. Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen gaben **158 Milliarden Euro** mehr aus, als sie einnahmen. Deutschland verzeichnete **erstmalig seit 2011** wieder ein Haushaltsdefizit. Mit einem **Minus von 4,2 Prozent** gegenüber dem Vorjahr rutschte die Bundesrepublik sogar erstmalig seit 2010 wieder unter die in der EU maximal erlaubte **Defizitquote von minus 3 Prozent**.

## ... für die Wirtschaft

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt brach im Jahr 2020 **um 5 Prozent** ein. Das ist der größte Rückgang **seit der Finanzkrise 2009**. Die Exporte sanken **um 9,9 Prozent**, die Importe um **8,6 Prozent** und der private Konsum um **6 Prozent**. In der schleswig-holsteinischen Industrie lag das Minus bei **5,5 Prozent**. Einige Branchen traf es besonders hart. So lag der Umsatz des deutschen Gastgewerbes 2020 **um 39 Prozent** unter dem Wert von 2019. Schleswig-Holsteins Hotels und Pensionen verzeichneten im Dezember 2020 rund **90 Prozent weniger Gäste** als im Vorjahr.



Wie die schleswig-holsteinische Landespolitik auf diese Entwicklungen reagiert, steht auf den folgenden Seiten.



# Land macht neue Schulden und will in die Zukunft investieren

Die Corona-Pandemie prägt den Landeshaushalt 2021. Das Land nimmt Notkredite in Milliardenhöhe auf und steigert gleichzeitig die Ausgaben – Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Verwaltung sollen die Folgen der Krise abmildern. In der ganz-tägigen Haushaltsdebatte stimmten Ende Februar die Jamaika-Fraktionen und der SSW für den 14-Milliarden-Euro-Etat. Die SPD enthielt sich, die AfD votierte dagegen. Wegen der besonderen Lage beschloss das Parlament den Haushalt erst im Februar und nicht wie sonst üblich im Dezember des Vorjahres.

Im vergangenen Jahr hatte der Landtag mit breiter Mehrheit einen Kreditrahmen von 5,5 Milliarden Euro gebilligt, um die Folgen von Corona abzufedern. Davon fließt nun eine Milliarde Euro in den Haushalt 2021. Hinzu kommen rund 260 Millionen Euro an konjunkturell bedingten Schulden und 287 Millionen an Altlasten aus der HSH Nordbank. Die Gesamtverschuldung des Landes steigt auf 32,3 Milliarden Euro. Trotz der Belastungen aus der Corona-Krise sind 800 neuen Stellen vorgesehen. So sollen hunderte Lehrerstellen erhalten bleiben oder neu geschaffen werden, und auch das Personal bei Polizei und Justiz wird aufgestockt.

## Streit um „Nachschlag“ für die SPD

Die Milliardenkredite müssten „die absolute Ausnahme“ bleiben, hob CDU-Fraktionschef Tobias Koch hervor. Die Möglichkeit, in Krisenzeiten mehr Schulden zu machen, dürfe „nicht zu einer Laissez-faire-Politik verleiten“, mahnte Koch, denn die Schuldenbremse in der Landesverfassung sei nach wie vor in Kraft. Trotz der angespannten Lage sei es der Jamaika-Koalition

aber gelungen, inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, unterstrich der Christdemokrat, etwa in den Bereichen energetische Gebäudesanierung, innere Sicherheit und Kita-Reform.

„Meine Fraktion ist sich ihrer Verantwortung in dieser Zeit bewusst“, betonte Oppositionsführer Ralf Stegner. Die SPD trage die Grundlinie des Haushalts mit. Er verwies darauf, dass die Sozialdemokraten bei den vier Nachtragshaushalten des vergangenen Jahres stets zugestimmt hätten. Viele positive Akzente hätte es ohne die SPD nicht gegeben, sagte Stegner. Beispiele seien ein Schulbaufonds, Hilfen für die Innenstädte, mehr Geld für bezahlbares Wohnen und zusätzliche Mittel für die Kurzzeitpflege. In den aktuellen Haushaltsberatungen habe er sich aber mehr Gemeinsamkeit gewünscht, so Stegner. Er beklagte „großzügige Zuwendungen an Lieblingsprojekte einzelner Koalitionspartner“. Es sei kein Geld da, um Senioren kostenlos zu den Impfzentren zu fahren, aber es gebe Zuschüsse für Lastenfahrräder, was die Klientel der Grünen befriedigen sollte, rügte Stegner. CDU-Mann Koch wies Stegners Forderungen zurück: Die SPD habe in

den Nachtragshaushalten des Vorjahres viele ihrer Forderungen durchsetzen können. Einen Anspruch auf „Nachschlag“ gebe es nicht.

## „Hohe Verschuldung soll Ausnahme bleiben“

Lasse Petersdotter (Grüne) stellte sich gegen Forderungen des Landesrechnungshofes, staatliche Ausgaben angesichts der Pandemie dauerhaft herunterzufahren: „Das Land gibt richtig Geld aus, macht keinen Sparhaushalt, und das ist auch richtig.“ Er warf die Frage auf, wo denn konkret Personal eingespart werden solle: „Beim UKSH? Bei der Polizei? In den Schulen? Bei der Steuerverwaltung?“ Der Haushalt begegne aktuellen Herausforderungen, blicke aber auch auf kommende Generationen. Wer im Jahr 2060 die heutigen Kredite zurückzahle, der solle nachvollziehen können, wofür das Geld ausgegeben wurde, so Petersdotter: „Klimaschutz, Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung.“

Der „Krisenhaushalt“ sei zwar von Corona geprägt, er verliere die Generationengerechtigkeit aber nicht aus den Augen, hob auch FDP-Fraktionschef Christopher Vogt hervor: „Somit können auch die künftigen Jahrgänge politisch handlungsfähig bleiben.“ Vogt betonte, die hohe Neuverschuldung solle eine Ausnahme bleiben: „Überschuldete Staatshaushalte gefährden das Gemeinwesen und treffen in erster Linie die Schwächeren der Gesellschaft.“ Wichtig sei nun eine Stärkung



Tobias Koch (CDU): „Die Schuldenbremse bleibt in Kraft“



Ralf Stegner (SPD): „Wir reichen der Koalition die Hand“



Lasse Petersdotter (Grüne): „Weitere Herausforderungen neben Corona“



Christopher Vogt (FDP): „Auf kommende Generationen achten“

der wirtschaftlichen Basis, so Vogt. Er zeigte sich erfreut, dass es trotz Krise eine hohe Investitionsquote von 10,5 Prozent gibt.

### Kritik an kostspieligen „Lieblingsprojekten“

Lars Harms hob hervor, dass sein SSW diverse Anträge erfolgreich in den Haushalt einbringen konnte. Er freue sich, „dass die Zuschüsse für die Dänen, die Friesen sowie die Sinti und Roma für die nächsten Jahre gesichert sind“. Zudem profitierten weitere „sehr wertvolle Angebote“ von den SSW-Anträgen – etwa die Förderung der Regional- und Minderheitensprachen in Schulen und Kitas, die Landesstelle für Suchtfragen und das Zentrum für selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung.

„Sie missbrauchen die Corona-Notkredite“, sagte Jörg Nobis (AfD) an die Landesregie-



Jörg Nobis (AfD): „Viel Luft im Haushalt“

rung gerichtet. Kreditaufnahmen seien in diesem Jahr unausweichlich, an notwendigen Investitionen in die Infrastruktur dürfe nicht gespart werden, sagte Nobis. Aber „Lieblingsprojekte der Öko-Bourgeoisie“ gehörten auf den Prüfstand. Nobis forderte die Streichung von Mitteln für Klimaschutz, Tierschutz sowie für die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die fraktionslose Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein monierte, der Haushalt „überdehnt den Begriff der Notlagenverschuldung“.

### „Starker Staat gegen die Krise“

Trotz der derzeitigen Unsicherheiten sei der Haushalt 2021 von „Entschlossenheit, Mut und einer klaren Ansage“ geprägt, strich Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) heraus. Es sei die richtige Zeit, die großen Herausforderungen Klimaschutz, Digitalisierung, Infrastruktur und Bildung anzu-



Finanzministerin Monika Heinold (Grüne): „Jamaika bewährt sich“

gehen: „Es wäre die falsche Antwort, sich jetzt im Schneckenhaus zu verkriechen.“ Den 5,5 Milliarden-Notkredit lobte Heinold als „großartigen parlamentarischen Schulterchluss“, der auch die Handschrift von SPD und SSW trage. Die Einrichtung hunderter neuer Stellen im öffentlichen Dienst sei nötig, „weil wir überzeugt sind, dass ein gut aufgestellter und handlungsfähiger Staat die richtige Antwort auf die Krise ist“.

**Weitere Zahlen zum Haushalt auf den Seiten 16 und 17.**



Lars Harms (SSW): „Eigene Ideen eingebracht“

## Stichwort: Dritte Lesung

**Der Landtag hat das Haushaltsbegleitgesetz in drei Lesungen beraten. Dieses Vorgehen ist laut Geschäftsordnung möglich, wird aber nur sehr selten angewendet. Üblich sind zwei Lesungen.**

Es war erst das dritte Mal seit 1946, dass eine dritte Lesung im Plenum erforderlich war. Grund: Die Landesregierung hatte verschiedene Gesetzesänderungen nachträglich eingebracht. Betroffen waren etwa die Landshaushaltsordnung, das Besoldungsgesetz und das Kindertagesförderungsgesetz. Die Änderungsentwürfe hatte der Landtag in der zweiten Lesung Anfang Februar in die Beratungen aufgenommen. Zum ersten Mal gab es eine dritte Lesung im Januar 1962, ebenfalls bei der Verabschiedung des Landshaushalts. Der zweite „Dreierpack“ war das Glücksspielgesetz im Jahr 2011 (siehe aus Seite 22).



# Nach Corona: Milliardenprogramm mit Klima-Schwerpunkt

Beim wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Corona-Pandemie sollen in Europa die Umwelt, die Energiewende und der Klimaschutz im Zentrum stehen. Das sieht der Plan „Next Generation EU“ vor, den die Mitgliedsstaaten und das EU-Parlament im Dezember beschlossen haben. Gesamtvolumen: rund 750 Milliarden Euro.

Der „European Green Deal“ setzt zudem das Ziel, die Klimagas-Emissionen in Europa bis 2050 auf null zu setzen. Im Landtag gab es Ende Januar weitgehende Zustimmung für die Pläne. Um die Folgen des „sozialökologischen Wandels“ abzufedern, hat Brüssel den „Just Transition Fund“ aufgelegt. Europaminister Claus Christian Claussen (CDU) kritisierte allerdings, dass die Gelder aus diesem Topf in Deutschland nur in die Stein- und Braunkohleregionen fließen sollen. Schleswig-Holstein wäre dann außen vor.

„Eine wirtschaftliche Erholung ist nur möglich, wenn auf Nachhaltigkeit und Erneuerbarkeit gesetzt wird“, betonte Eka von Kalben (Grüne). Stephan Holowaty (FDP) war da skeptischer. Corona zeige, wie wichtig den Menschen „Fahren, Reisen, Autonomie in der Lebensführung und Freude am Leben“ seien: „Nach dem Corona-Lockdown direkt in den Klima-Lockdown, das wird schlicht nicht funktionieren.“ Jette Waldinger-Thiering (SSW) unterstrich, der Green Deal dürfe „keine leere Worthülse“ sein: „Die Menschen wollen wissen, wie sie individuell konkret davon profitieren.“ Volker Schnurrbusch (AfD) warnte davor, die Wirtschaft „den Zielen einer ideologisch motivierten Klimapolitik unterzuordnen“. Der Europa- sowie der Umwelt- und Agrarausschuss beraten das Thema weiter.



Um „möglichst viel Nachhaltigkeit“ zu erreichen, so Heiner Rickers (CDU), müssten „alle Bereiche in unserem täglichen Leben“ neu ausgerichtet werden – privater Konsum, Landwirtschaft und Industrie.



Je ambitionierter die Klima-Ziele seien, desto wichtiger sei es, die Auswirkungen des Strukturwandels in der Arbeitswelt mitzudenken, mahnte Regina Poersch (SPD).

## Rote Zahlen auf dem Konto: Diskussion über Dispo-Zinsen

Vielen Menschen bricht wegen der Corona-Einschränkungen das Einkommen weg, und ihr Konto rutscht in die Miesen. Deswegen forderte die SPD im Januar einen gesetzlichen Deckel für Dispo-Zinsen. Die Zinsen auf Überziehungskredite sollen nach Vorstellung der Sozialdemokraten nur noch sechs Punkte über dem Basiszinssatz liegen, der aktuell bei null Prozent liegt.

Zurzeit würden einige Banken aber bis zu 14 Prozent verlangen, so Beate Raudies (SPD). Die Dispo-Belastung liege in Deutschland „doppelt so hoch wie im Rest Europas“. Das sei oft hart für Menschen, für die „am Ende des Geldes noch so viel Monat übrig ist“. Lasse Petersdotter (Grüne) verwies darauf, dass 15 Prozent der Bevölkerung, also zwölf Millionen Menschen, „teilweise knietief“ in Dispo-Zinsen steckten. Deren Höhe sei „mehr als unanständig“.

Der SPD-Antrag greife drastisch in den Markt ein, monierte dagegen Ole Plambeck (CDU). Annabell Krämer (FDP) nannte den SPD-Vorstoß populistisch. Der Dispo-Kredit solle „ganz kurzfristig überbrücken“ und sei „nicht zur dauerhaften Inanspruchnahme gedacht“. Bei einem niedrigen Dispo-Zins von sechs Prozent drohe jedoch der Weg in die „Verschuldungsfalle“. Das Thema beschäftigt nun den Finanzausschuss.

## Wirtschaftshilfen: deutliche Kritik an Berlin

Der Bund hat Hilfsprogramme aufgelegt, um strauchelnden Unternehmen in der Corona-Pandemie unter die Arme zu greifen. Das Geld kommt jedoch nur schleppend an. Grund ist ein Software-Fehler im Bundeswirtschaftsministerium. Vor diesem Hintergrund richtete die schleswig-holsteinische Landespolitik Ende Januar heftige Vorwürfe an die Bundesregierung. Die Arbeit an der Software habe zweieinhalb Monate gedauert, klagte Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP), und die „Vollzugshinweise“ des Bundesfinanzministeriums seien „bürokratischer Wahnsinn“.

Demgegenüber sei Schleswig-Holstein bei der Umsetzung der Hilfen „relativ fix dabei“, betonte Buchholz. Von 8.000 Anträgen zu den Novemberhilfen seien binnen zehn Tagen 5.000 „endbearbeitet“ worden. Insgesamt seien mehr als 45 Millionen Euro an Abschlagszahlungen rausgegangen. Dies sei ein „sensationelles Ergebnis“.

Serpil Midyatli (SPD) rief die Landesregierung auf, „in Vorleistung zu gehen“ und Gelder aus der landeseigenen Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG) oder dem Beteiligungsfond als Zuschüsse zu zahlen, bis das Geld aus Berlin vollständig da ist. Das Land dürfe „nicht in das Antragsverfahren hineingrätchen und ein zweites aufmachen“, erwiderte Joschka Knuth (Grüne).





## Nullrunde für Rentner als Folge von Corona

Das Lohnniveau ist im Corona-Jahr 2020 gesunken, deswegen steht den Rentnern in Westdeutschland voraussichtlich eine Nullrunde bevor. Der SSW fordert deswegen einen Extra-Zuschuss aus Bundesmitteln. Es gehe nicht darum, „üppige Geschenke“ zu verteilen, um Rentner einseitig besserzustellen, betonte der SSW-Abgeordnete Lars Harms Ende Februar. Aber eine Rentenerhöhung trage zur Förderung des Konsums bei und stütze damit die Wirtschaft. Zudem müsse die Politik verhindern, dass „zur zunehmenden sozialen Isolation auch noch materielle Entbehrung dazukommt“. Der Vorschlag stieß im Landtag auf wenig Zuspruch. Redner aller Fraktionen betonten jedoch, dass es im Rentensystem diverse Baustellen gebe.

Eine Nullrunde sei zwar schmerzlich, so Werner Kalinka (CDU). Aber auch die Einnahmen in der Rentenkasse würden in den kommenden Jahren zurückgehen. Dies gelte es abzufedern, ohne die Beiträge zu erhöhen und ohne das Rentenniveau von derzeit 48 Prozent zu senken.

Wolfgang Baasch (SPD) verwies auf die im Januar eingeführte Grundrente zur Aufbesserung kleiner Renten. Marret Bohn (Grüne) stellte den Unterschied zwischen Männern und Frauen bei der Rente heraus. Männer bekämen im Schnitt 982 Euro, Frauen lediglich 557 Euro – 35 Prozent weniger.

Der SSW-Vorschlag sei „unredlich“, monierte Annabell Krämer (FDP). Eine „systemwidrige Rentenerhöhung“ würde Rentner besserstellen als alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere die jüngere Generation: „Da wird die Generationengerechtigkeit mit Füßen getreten.“ Das Ziel müsse es sein, so Sozialminister Heiner Garg (FDP), gezielt soziale Härten zu bekämpfen und das Rentenniveau abzusichern ohne die Beitragszahler zu überlasten. „Ich bin gespannt, wie das gehen wird“, so Garg. Das Thema wird im Sozialausschuss weiter beraten, dort ist eine Anhörung geplant.

## Mehr Geld für psychologische Hilfen an den Unis im Lande

Die psychologische Hilfe für Studenten an Schleswig-Holsteins Unis wird wegen der Corona-Pandemie aufgestockt. Für 75.000 Euro aus dem Härtefallfonds des Landes sollen 35 zusätzliche Beratungsstunden pro Woche bei den Studentenwerken in Kiel, Lübeck und Flensburg ermöglicht werden. Die Wartezeit auf eine Erstberatung betrage derzeit bis zu zehn Wochen, so Lasse Petersdotter (Grüne). Das sei „nicht mehr zumutbar“. „Viele junge Menschen sind an ihrer psychischen Belastungsgrenze“, merkte Bildungsministerin Karin Prien (CDU) an. Der Antrag von CDU, Grünen und FDP wurde bei Enthaltung der AfD angenommen. Auch die SPD stimmte zu, forderte aber eine Aufstockung um 150.000 Euro. Der Jamaika-Antrag greife zu kurz, sagte der Sozialdemokrat Heiner Dunckel, denn die Koalition wolle das Geld nur für das laufende Jahr bewilligen. Das werde der dramatischen Lage und den strukturellen Problemen beim Studentenwerk nicht gerecht.

## Handball, Drittliga-Fußball: mehr Hilfen angemahnt

Viele Profisportvereine leiden wegen Corona unter weggebrochenen Zuschauereinnahmen und sinkenden Sponsorengeldern. Der Bund hat das Programm „Coronahilfen Profisport“ aufgelegt. Es enthält 200 Millionen Euro, die Bundesligisten im Handball, Basketball und Eishockey sowie Clubs der 3. Fußballliga beantragen können. Die Jamaika-Koalition begrüßte Ende März das Programm, sah aber „erheblichen Nachsteuerungsbedarf“. So könnte Fußball-Drittligist VfB Lübeck nicht von den Hilfen des Bundes profitieren. Hintergrund: Der VfB hat im Vergleich zum Jahr 2019, als er noch in der Regionalliga spielte, keine Mindereinnahmen – dafür aber deutlich höhere Kosten. Die Landesregierung soll nun in Berlin aktiv werden. Das Land hat zudem aus eigenen Mitteln den Handballteams des THW Kiel, der SG Flensburg-Handewitt, des VfL Lübeck-Schwartau und des TSV Nord Harrislee unter die Arme gegriffen. Die SPD forderte weitere Zuschüsse aus der Landeskasse. Der Innen- und Rechtsausschuss berät das Thema weiter.

## Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Im Februar 1946 traf sich der erste Landtag nach dem Krieg.

1946:

### „Selbstverwaltung“ statt „Führerprinzip“

Am Dienstag, den 26. Februar 1946, kam im Kieler Stadttheater in der Holtenauer Straße der erste Schleswig-Holsteinische Landtag nach Ende des Zweiten Weltkriegs zusammen. Dem Parlament gehörten 55 Männer und sechs Frauen an, die von der britischen Besatzungsmacht ernannt worden waren. Die Zeremonie begann um 11:00 Uhr und dauerte eine Dreiviertelstunde. Neben britischen Offizieren war Oberpräsident Theodor Steltzer der einzige deutsche Redner. Er nannte den Aufbau demokratischer Strukturen sowie „Arbeitsbeschaffung“, „Selbsthaftmachung der Flüchtlinge“ und „Wohnungsbeschaffung“ als zentrale Aufgaben. Das neue Landesparlament hatte nur begrenzten Einfluss, und es tagte lediglich bis zum September 1946. Dann folgte ein zweiter ernannter Landtag, bevor mit der ersten Landtagswahl im Mai 1947 die Volksvertretung demokratisch legitimiert war. Dennoch hat der erste ernannte Landtag eine Reihe von Weichenstellungen für ein demokratisches Schleswig-Holstein geschaffen. Darauf wies Landtagspräsident Karl Ratz bereits Anfang 1948 hin. Seine Anmerkungen wurden dem Protokoll der Premierensitzung beigelegt. Wir zitieren seinen Beitrag in Ausschnitten.

„Die Idee der landschaftlichen Selbstverwaltung blickt in Schleswig-Holstein auf eine jahrhundertelange, an Erfolgen wie Rückschlägen reiche Überlieferung zurück. Von den Deichverbänden der geschichtlichen Frühzeit über die Ständevertretungen des Mittelal-

ters bis zu den politischen Körperschaften des vergangenen und unseres Jahrhunderts führt ein gewundener, aber in seiner Richtung klar zu überschauender Weg. (...)“

Diese freiheitlich-demokratische Überlieferung hat sich noch verstärkt, seit auch die alte Hansestadt Lübeck, dieses Zeugnis besten deutschen Bürgertums und freier Selbstverwaltung, dem Verbands Schleswig-Holsteins angehört.

Als das Land zu Preußen kam, wurde wie in anderen Provinzen auch in Schleswig-Holstein ein Provinziallandtag gebildet. Er besaß in den Angelegenheiten der überörtlichen Selbstverwaltung gewisse, wenn auch eng umgrenzte Befugnisse und teilte im Jahr 1933 das Schicksal der übrigen deutschen Landtage und Provinzparlamente. Die nationalsozialistische Regierung errichtete einen Provinzialrat – eine ernannte Körperschaft, die nur beraten, nicht entscheiden durfte. Man konnte sie weder nach der Art ihrer Zusammensetzung noch nach ihren Wirkungsmöglichkeiten als ein wahres Selbstverwaltungsorgan ansehen.

Mit dem Zusammenbruch und der bedingungslosen Kapitulation der Hitlerdiktatur verschwand jede deutsche Regierungsgewalt im Reich wie in den Ländern. An ihre Stelle traten die Militärregierungen der einzelnen

Zonen und an deren Spitze der Kontrollrat der Alliierten Mächte als Oberste Regierungsgewalt. Die Landesbehörden arbeiteten zunächst ohne oberste Spitze auf Anweisung und unter Kontrolle der Militärregierungen weiter. Die verwaltungsorganisatorische Verbindung zwischen Landesbehörde und unteren Verwaltungsbehörden wie auch in erster Zeit die tatsächlichen Verkehrsverbindungen zwischen diesen Verwaltungen waren weitgehend lahmgelegt. Die Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister usw. hatten die Befehle der Militärregierung auszuführen und waren im übrigen mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen.

### Landkreise, Parteien, Flüchtlinge und „politisch interessierte Frauen“ waren dabei

Das immer größer werdende Bedürfnis nach einer gegenseitigen Fühlungnahme der Landräte und Oberbürgermeister führte alsbald nach der Kapitulation – also noch im Jahr 1945 – zur Einberufung einer ersten Landrätekonferenz, an der der damalige Oberst und jetzige Brigadier Henderson als Militärgouverneur von Schleswig-Holstein teilnahm. Dieser ersten Landrätekonferenz folgten dann noch einige weitere, bis im Februar 1946 durch die britische Militärregierung ebenso wie in den Gemeinden und Kreisen auch für den Bereich Schleswig-Holsteins eine neue Vertretungskörperschaft errichtet wurde: Der Landtag. Dieser erste Landtag sollte nach dem Willen der Militärregierung in seiner Zusammensetzung etwa einen Querschnitt durch die gesamte Bevölkerung Schleswig-Holsteins darstellen. Ein Teil dieser insgesamt 60 Abgeordneten war als Vertreter der 21 Stadt- und Landkreise Schleswig-Holsteins anzusehen. Neben diesen Abgeordneten hatte die Militärregierung Vertreter der politischen Parteien und Gewerkschaften, politisch interessierte Frauen und solche Persönlichkeiten, die auf dem Gebiet der Jugenderziehung, in freien Berufen und in der Wirtschaft tätig waren,



Der Autor dieses Textes: Karl Ratz (1897 bis 1961) war Landtagspräsident von Dezember 1946 bis Mai 1950. Der SPD-Politiker aus Kiel wurde in der NS-Zeit mehrmals inhaftiert und war Häftling in den Konzentrationslagern Neuengamme und Sachsenhausen.



berufen. Auch die Flüchtlinge, deren gewaltiger Zustrom das Gesicht Schleswig-Holsteins völlig verändert hatte, waren hier bereits durch mehrere Abgeordnete vertreten.



Theodor Steltzer (1885 bis 1967) war Schleswig-Holsteins erster Ministerpräsident nach dem Krieg. Der in Trittau (Kreis Stormarn) geborene CDU-Politiker war von November 1945 bis April 1947 Regierungschef – zunächst mit dem Titel Oberpräsident. Steltzer hatte während des Krieges Verbindungen zum Widerstand. In den 1950er Jahren war er unter anderem Präsident der deutschen UNESCO-Kommission.

Die Abgeordneten des ersten Schleswig-Holsteinischen Landtages hatte die Militärregierung also ernannt, aber es war von vornherein als Ziel vorgesehen, daß der Landtag – ebenso wie die Kreisvertretungen – in naher Zukunft seinen Charakter ändern sollte. Gewählte Vertreter sollten sobald wie nur möglich die ernannten Persönlichkeiten ersetzen, um damit den Schleswig-Holsteinischen Landtag zu einer wirklich demokratischen Vertretungskörperschaft zu machen.

### Aus den Ausschüssen des Landtages gingen die Ministerien hervor

Der Landtag sollte ursprünglich ausschließlich beratende Funktionen und keine Gesetzgebungsbefugnisse haben. Dagegen konnte er sich bereits auch mit allen Verwaltungsfragen befassen, die im Bereich des damaligen Oberpräsidiums der Provinz Schleswig-Holstein von den einzelnen Ämtern dieser Behörde bearbeitet wurden. Damit war ihm ein wesentlicher Teil der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung praktisch unterstellt. Für die einzelnen Ämter des damaligen Oberpräsidiums (Amt für Inneres, für Finanzen, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Schulen und Erwachsenenbildung) wurden als Kontrollorgan die sogenannten „Hauptausschüsse“ als Vorläufer der späteren Ministerien gebildet. Sie hielten enge Fühlung mit den zugeordneten Verwaltungszweigen der Provinzbehörde und sicherten dem Landtag einen ständigen Einfluss auf die Führung der laufenden Verwaltung. Fragen grundsätzlicher Art und allgemeiner politischer Bedeu-

tung mußten diesen Ausschüssen vorgelegt werden. Die Fachbeamten der Ämter waren von vornherein an die Richtlinien des Landtages und seiner Ausschüsse gebunden. Hierdurch war für den Bereich der allgemeinen Verwaltung das bisher geltende Führerprinzip durch den Grundsatz gemeinschaftlicher Verantwortung ersetzt. (...)

Der erste Landtag bildete alsdann aus seiner Mitte heraus ein Kabinett. Sein Leiter war der damalige Oberpräsident Steltzer, seine weiteren Mitglieder die Vorsitzenden der vorerwähnten Hauptausschüsse für die Fachämter. Dieses Kabinett sollte als erstes die Richtlinien für die Verwaltung Schleswig-Holsteins aufstellen und darüber wachen, daß sie befolgt würden. Das Kabinett war dem Landtag von seiner Bildung an voll verantwortlich.

Dieser ernannte erste Schleswig-Holsteinische Landtag trat in der Folgezeit unter seinem Präsidenten Paul Husfeldt (CDU) insgesamt neunmal zusammen, und zwar am

26. Februar 1946,  
13. März 1946,  
11. April 1946,  
6. und 7. Mai 1946,  
12. und 24. Juni 1946,  
10. Juli 1946,  
30. Juli 1946,  
20. August 1946 und  
10. und 13. September 1946. (...)

**Landtagspräsident Karl Ratz  
im Februar 1948**



Eröffnung des ersten ernannten Landtages am 26. Februar 1946 in Kiel: Abgeordnete und Gäste betreten das Stadttheater. Zuerst nahmen die Deutschen ihre Plätze ein, dann folgten rund 70 britische Offiziere und schließlich die „VIPs“ – die Kommandanten der Besatzungsmacht.

## Das Quiz

Sieben Begebenheiten aus 75 Jahren: Zu jeder Antwort gehört ein Buchstabe, und die richtigen Buchstaben ergeben das Lösungswort.

1

Paul Husfeldt war der erste Landtagspräsident nach dem Krieg, er war von April bis November 1946 im Amt. Welchen Beruf hatte der CDU-Politiker?

- |                 |   |
|-----------------|---|
| a) Rechtsanwalt | S |
| b) Landwirt     | T |
| c) Tischler     | B |
| d) Pastor       | M |

2

Im Juni 1956 war Willy Brandt (li.) zu Gast im Landeshaus und traf sich mit Landtagspräsident Walter Böttcher (re.) und Vizepräsident Hans von Herwarth (Mitte). Welches Amt hatte Brandt damals inne?

- |  |   |
|--|---|
| a) Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses | A |
| b) Regierender Bürgermeister Berlins         | E |
| c) Bundeskanzler                             | O |
| d) SPD-Vorsitzender                          | U |



3

Am 26. Januar 2000 traf sich der Landtag zum ersten Mal nach der Jahrtausendwende. Welches Thema hatte die allererste Landtagsdebatte des 21. Jahrhunderts?

- |   |   |
|---|---|
| a) „Umstellung von D-Mark auf Euro“                             | K |
| b) „Abschlussbericht des ‚Pallas‘-Untersuchungsausschusses“     | N |
| c) „Neuland für uns alle – Wird sich das Internet durchsetzen?“ | L |
| d) „Verbot von Feuerwerk in der Silvesternacht“                 | F |

4

Am Wahlabend des 13. April 1975 berichtete ein Fernsehjournalist für das ZDF aus dem Landeshaus, der später als Moderator der ARD-„Tagesthemen“ berühmt wurde. Wer war es?

- |                            |   |
|----------------------------|---|
| a) Wolf von Lojewski       | B |
| b) Klaus Bednarz           | E |
| c) Hans-Joachim Friedrichs | D |
| d) Ulrich Wickert          | R |



5

Zwischen 1954 und 1958 saß eine Gruppierung im Landtag, die sich als Vertretung der „Einheimischen“ und als Gegenpol zu den Heimatvertriebenen und zu den dänisch gesinnten Schleswig-Holsteinern betrachtete. Wie hieß sie?

- |                              |   |
|------------------------------|---|
| a) Schleswig-Holstein-Partei | V |
| b) Schleswig-Holstein-Block  | A |
| c) Schleswig-Holstein-Bund   | I |
| d) Schleswig-Holstein-Union  | P |

6

Am 22. Februar 2005 führte ein verkleideter Komiker Interviews zum Wahlausgang, hier mit der damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Cornelia Sonntag-Wolgast. Wer war der Spaßvogel?

- |                        |   |
|------------------------|---|
| a) Karl Dall           | W |
| b) Hape Kerkeling      | T |
| c) Otto Waalkes        | S |
| d) Dieter Hallervorden | N |



7

Am 12. Juni 2012 endete die Amtszeit von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU). Sein Nachfolger Torsten Albig (SPD) machte ihm im Plenarsaal ein Abschiedsgeschenk. Welches?

- |  |   |
|--|---|
| a) Ein Exemplar des Buches „Dr. Lampes Bienenzucht“ aus dem Jahr 1909              | E |
| b) Ein selbstgemaltes Bild, das den Schimmelreiter vor dem Kieler Landeshaus zeigt | S |
| c) Eine Flasche trockenen Weißwein von einem Weingut auf der Insel Föhr            | A |
| d) Eine Eintrittskarte für das „Wacken Open Air“                                   | L |

Auflösung: Seite 29



# Gedenken an „Cap Arcona“, Aufruf zum „Schutz der Schwächsten“

**Zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar hat Landtagspräsident Klaus Schlie an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erinnert. „Die Corona-Pandemie macht es uns leider nicht möglich, diesen Tag heute so zu begehen, wie es notwendig wäre und wie es der Bedeutung dieses Tages eigentlich zukommt“, sagte er zu Beginn der Landtagssitzung.**

„In diesem Jahr hätten die schrecklichen Ereignisse vom 3. Mai 1945 in der Neustädter Bucht im Zentrum des Gedenkens gestanden“, sagte Schlie. An Bord des Passagierdampfers „Cap Arcona“ und des Frachtschiffes „Thielbek“ waren damals bei einem britischen Bombenangriff mehr als 7.000 Menschen gestorben. Die meisten der Opfer waren zuvor Häftlinge verschiedener NS-Konzentrationslager gewesen. „Wenige Tage vor dem Kriegsende, das die Rettung dieser gequälten Menschen gewesen wäre, mussten sie doch noch ihr Leben lassen“, sagte Schlie. „Dass die Bomben und Raketen, die beide Schiffe in der Neustädter Bucht versenkten, von britischen Piloten abgeschossen wurden, ist der bis heute besonders tragische Aspekt des 3. Mai 1945.“

Denn die Briten hätten geglaubt, auf den Schiffen hätten sich deutsche Soldaten befunden. Sie hätten nichts von den hilflosen KZ-Häftlingen an Bord gewusst. „Und die deutschen Bewacher hatten diese Verwechslung gezielt mit einkalkuliert“, so der Parlamentspräsident. Die Tragödie sei von den Nazi-Schergen geplant worden, sie trügen die Schuld an diesem Verbrechen. Schlie kündigte an, dass eine wegen Corona abgesagte Ausstellung im Landtag zur Katastrophe in der Neustädter Bucht nachgeholt werden soll.

## Gegen Diskriminierung und „simple Parolen“

Der Gedenktag erinnert an die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz vor 76 Jahren. „Der Holocaust, der massenhafte und industrialisierte Mord an Juden, Sinti und Roma, an sowjetischen Kriegsgefangenen, Homosexuellen, an Menschen mit Behinderung und an politischen Gegnern des Nationalsozialismus fand zu einem großen Teil in den Konzentrationslagern statt, die außerhalb, aber auch innerhalb Deutschlands standen“, so Schlie. Aussagen, so viele Menschen hätten von den

Verbrechen nichts gewusst, seien unzutreffend. Denn auch in zahlreichen KZ-Außenstellen seien Erniedrigung, Misshandlung und Ermordung von Menschen „für jeden und jede erkennbar“ gewesen. „Diese Erkenntnis verpflichtet uns zugleich dazu, niemals wegzusehen, wenn sich Diskriminierung und Hass, Rassismus und Antisemitismus auch heute wieder in ihren unsäglichen Anfängen zeigen – wehren wir Demokratinnen und Demokraten gemeinsam den Anfängen!“

Wachsamkeit sei heute nötiger denn je, betonte der Landtagspräsident. „Der Wunsch einer wachsenden Zahl von Menschen, hier in Deutschland, aber auch anderswo in Europa und der Welt, komplexe Herausforderungen auf allzu simple Formeln und Parolen zu reduzieren, wird leider größer und hat leider auch unsere Parlamente erreicht.“

In die Bewältigung der Corona-Krise müssten Lehren der Vergangenheit einfließen und das sei auch der Fall, stellte Schlie fest. Von Beginn an sei der Schutz der gesundheitlich schwächsten Mitbürger stets das entscheidende Kriterium für die Vorgehensweise der Bundes- und Landesregierungen gewesen. „Der ethische Maßstab ist ein integraler Bestandteil unseres staatlichen Handelns, und das ist eine der wohl wichtigsten Lehren aus unserer Vergangenheit.“

Höchste politische und gesellschaftliche Priorität müsse der Schutz jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein und in ganz Deutschland haben, sagte Schlie. Der Landtag gedachte mit einer Schweigeminute der Opfer des Nationalsozialismus.



Landtagspräsident Klaus Schlie: „Wir setzen uns mit unserer historischen Verantwortung auseinander, und wir ziehen immer wieder wichtige Schlüsse.“

**Parlamentarisches Kontrollgremium:** Das Parlamentarische Kontrollgremium, das die Aktivitäten des Verfassungsschutzes überwacht, ist erstmals während einer laufenden Legislaturperiode neu gewählt worden. Konsequenz: Die Abgeordneten der AfD stellen kein Mitglied mehr in dem Gremium. Alle anderen Mitglieder wurden bestätigt.

Bislang war es rechtlich nicht möglich, Mitglieder des Gremiums während einer laufenden Legislaturperiode abzuwählen. Erst seit vergangenen November kann der Landtag auf Antrag von zwei Fraktionen oder von 18 Abgeordneten die Zahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Kontrollgremiums im Verlauf einer Wahlperiode mit Zwei-Drittel-Mehrheit neu bestimmen. Dies ist Ende Januar geschehen. Die Neuregelung war von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW angestoßen worden, nachdem die AfD ihren Fraktionsstatus mit dem Austritt des Abgeordneten Frank Brodehl verloren hatte. Ursprünglich hatte jede Fraktion sowie die

Gruppe des SSW je einen Sitz in dem Gremium. Nun sitzt im sogenannten G10-Gremium, benannt nach Artikel 10 des Grundgesetzes, kein AfD-Vertreter mehr. Die AfD protestierte gegen die Neuregelung und bezeichnete sie als politisch motiviert. Dem Gremium gehören an: Tobias Koch (CDU), Ralf Stegner (SPD), Burkhard Peters (Grüne), Christopher Vogt (FDP) und Lars Harms (SSW). Stellvertreter sind Hans-Jörn Arp (CDU), Birgit Herdejürgen (SPD), Eka von Kalben (Grüne), Oliver Kumbartzky (FDP) und Christian Dirschauer (SSW).

**Claus Christian Claussen**, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz sowie CDU-Landtagsabgeordneter, hat zum Jahresbeginn für das Land Schleswig-Holstein den Vorsitz der Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) übernommen. Schleswig-Holstein hat den Vorsitz für ein Jahr inne. Sofern die Pandemie-Entwicklungen es zulässt, soll die Hauptkonferenz der VSMK im Mai in Westerland auf Sylt stattfinden.

## Runde Geburtstage

**Klaus Klingner** aus Bad Oldesloe, von 1971 bis 1996 für die SPD im Landtag, Justizminister von 1988 bis 1996, hat am 14. Dezember seinen 85. Geburtstag gefeiert.

**Ute Bress** aus Pinneberg, von 1987 bis 1988 für die FDP im Landtag, hat am 15. Februar ihren 85. Geburtstag gefeiert.

**Karl-Heinz Stegemann** aus Strande bei Kiel, von 1984 bis 1987 für die CDU im Landtag, hat am 7. Februar seinen 85. Geburtstag gefeiert.

**Roswitha Müllerwiebus** aus Hasloh (Kreis Pinneberg), von 1998 bis 2000 und von 2004 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 23. Januar ihren 75. Geburtstag gefeiert.

**Ernst-Dieter Rossmann** aus Elmshorn, von 1987 bis 1998 für die SPD im Landtag und seitdem im Bundestag, Landtagsvizepräsident von 1992 bis 1996, hat am 4. Februar seinen 70. Geburtstag gefeiert.

**Herzlichen Glückwunsch!**

## Blickpunkt Bundestag 2021

Landtagsfraktionschef **Ralf Stegner** steht auf Platz drei der SPD-Landesliste. Platz 16 auf dieser Liste hat die ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete **Katrin Fedrowitz**. +++ Die ehemaligen Landtagsabgeordneten **Luise Amtsberg** und **Robert Habeck** stehen auf den Plätzen 1 und 2 der Grünen-Landesliste.

## Trauer um Ulf von Hielmcrone, Anke Gravert und Konrad Nabel

Mit Schweigeminuten hat der Landtag dreier Verstorbener gedacht.

Am 14. Dezember ist **Ulf von Hielmcrone** im Alter von 76 Jahren gestorben. Der „Husumer mit Leib und Seele“, so Landtagspräsident Klaus Schlie, gehörte dem Landtag von 1996 bis 2005 an. Ulf von Hielmcrone habe nicht nur als Journalist und Rechtsanwalt in seiner „Heimat- und Herzensstadt“ gewirkt, sondern auch als Stadtverordneter, Bürgervorsteher sowie als Vorstandsmitglied in mehreren gemeinnützigen Vereinen. Im Landtag war der Sozialdemokrat neun Jahre lang Vorsitzender des Bildungsausschusses.



Am 23. Januar verstarb **Anke Gravert** im Alter von 85 Jahren. Die Hauswirtschaftslehrerin aus Kronshagen bei Kiel gehörte der CDU-Fraktion von 1983 bis 1992 an. Die gebürtige Nordstranderin sei eine „herausragende, unserer Heimat Schleswig-Holstein und ihrer niederdeutschen Kultur tief verbundene Politikerin“ gewesen, sagte Landtagspräsident Schlie. Als eine der Gründungsmütter der Frauen-Union und als erste Frau im Amt der Bürgervorsteherin von Kronshagen habe sie sich von den „Widerständen jener Zeit“ nicht beeindrucken lassen.



Am 25. März erreichte den Landtag die Nachricht vom Tod **Konrad Nabels**. Der Realschullehrer aus Ahrensburg, der der SPD-Fraktion zwischen 1987 und 2009 angehörte, wurde 70 Jahre alt. Konrad Nabel sei „über viele Jahre das Gesicht sozialdemokratischer Umweltpolitik in Schleswig-Holstein“ gewesen, so Landtagsvizepräsidentin Aminata Touré. Auch als Vorstandsvorsitzender der Stiftung Naturschutz habe Konrad Nabel ein „bleibendes Vermächtnis“ hinterlassen.





# Michaela Pries wird neue Behindertenbeauftragte

## Viel Lob für Vorgänger Ulrich Hase

Nach 25 Jahren scheidet Ulrich Hase als Beauftragter für Menschen mit Behinderung im April aus dem Amt. Seine Nachfolge tritt die Kieler CDU-Politikerin Michaela Pries an. Ihre Wahl fiel Ende Januar einstimmig aus.

Michaela Pries wurde auf Vorschlag der Koalitionsfraktionen gewählt. Die Amtszeit der Landesbeauftragten beträgt sechs Jahre. Ihre Aufgabe ist es, sich für umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung einzusetzen. Pries wird den Landtag und die Landesregierung beraten, und sie arbeitet mit zahlreichen gesellschaftlichen Gremien zusammen. Ihr Vorgänger Ulrich Hase (65) scheidet nach mehr als 25 Jahren aus dem Amt. Seit 1995 hatte der Jurist und

promovierte Hörgeschädigten-Pädagoge das Amt geprägt. Der Posten war zunächst beim Sozialministerium angesiedelt und wechselte später zum Landtag. Hases Amtszeit endet am 21. April. Landtagspräsident Klaus Schlie dankte ihm im Namen aller Abgeordneten für sein langjähriges Engagement: „Sie haben Standards verankert, die die Lebensqualität und die politischen und die gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung entscheidend verbessert haben.“ So sei es Hases Einsatz zu verdanken, dass die Zahl der kommunalen Behindertenbeauftragten im Lande von zwei auf mehr als 50 gestiegen sei. Den Landesaktionsplan für Behinderte und das Behindertengleichstellungsgesetz habe Hase mitgeprägt, so Schlie, und der alljährliche „Krach-Mach-Tach“ auf der Kieler Woche gehe auf Hases Initiative zurück.



Michaela Pries ist staatlich anerkannte Erzieherin und Fachwirtin im Gesundheits- und Sozialwesen. Die 55-Jährige arbeitet seit 2010 in der Stiftung Drachensee und ist dort aktuell für die Abteilung „Neues Wohnen“ zuständig. Von 2003 bis 2018 war sie Mitglied der Kieler Ratsversammlung.

## „Die Gebärde für Pandemie ist neu“

### Gebärdensprachdolmetscher Raffael Canal im Gespräch

Bei der Wahl der neuen Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung war Raffael Canal als Gebärdensprachdolmetscher im Einsatz, und auch bei zahlreichen Pressekonferenzen übersetzt der 28-jährige Kieler das Gesagte für Menschen mit Höreinschränkungen. Unsere Social-Media-Redakteurin Anna Gellner hat ihn am Rande der Januar-Sitzung zum Interview getroffen.



Raffael Canal übersetzte die Wahl der Behindertenbeauftragten in Gebärdensprache.

**Sie arbeiten seit zehn Jahren als Gebärdensprachdolmetscher. Wie sind Sie zu diesem Beruf gekommen?**

„Bei mir ist es eine persönliche Motivation gewesen. Mein älterer Bruder ist taub, und ich habe die Gebärdensprache als Muttersprache gelernt. Später habe ich diese Kenntnisse dann professionalisiert.“

**Haben Sie in Zeiten von Corona mehr Aufträge als vorher?**

„Das ist schwer zu sagen. Ich glaube, die Auftragslage hat sich verschoben. Es gibt deutlich mehr Anfragen nach Telefonkonferenzen und für Teamsitzungen über Video-Tools. So bin ich ja auch beim Landtag angefragt worden. Insgesamt glaube ich aber, dass sich die Auftragslage eher verschlechtert hat.“

**Was sind die wichtigsten Gebärden im Zusammenhang mit Corona?**

„Das sind etwa Pandemie, das ist eine wirklich neue Gebärde, oder Coronavirus, da orientiert sich die Gebärde an der Form des Virus, oder Mund-Nasen-Schutz oder Impfung.“

**Wie übersetzen Sie spontan Wörter, die Sie vorher noch nie gehört haben?**

„In diesem Fall muss ich die Wörter per Fingeralphabet buchstabieren. Ich bereite mich aber sehr intensiv vor.“

**Ein Beispiel wäre der Name Biontec/Pfizer. Wie würden Sie das spontan übersetzen, wenn es in einer Sitzung erwähnt wird?**

„Dann muss ich buchstabieren. Und ich würde vorher gucken, welche Gebärden in diesem Zusammenhang wichtig sind, etwa Impfung oder Firma.“

**Wie bereiten Sie sich auf Ihre Einsätze im Landtag oder auf Pressekonferenzen vor?**

„Ich folge den einschlägigen Netzwerken. Man muss sehr aktiv sein in der Gebärdensprachszene, um alle aktuellen Begriffe mitzubekommen, auch international. Man muss immer am Ball bleiben, um wirklich alle Begriffe parat zu haben, wenn sie dann fallen. Da sind mindestens eine oder zwei Stunden Vorbereitung auf eine Pressekonferenz nötig.“

## Der Landeshaushalt – die vorigen Jahre

	2019	2020	2021
Bereinigte Einnahmen (in Mrd. Euro)	12,710	13,049	14,107
Bereinigte Ausgaben (in Mrd. Euro, ohne HSH Nordbank)	12,616	13,023	14,369
Netto-Schuldentilgung (+)/ Netto-Schuldenaufnahme (-) (in Mio. Euro)	+ 95	+ 27	- 262
Personalausgaben (in Mrd. Euro)	4,452	4,620	4,826
Personalquote (in Prozent)	34,1	35,5	33,6
Zinsausgaben (in Mio. Euro)	458	458	455
Kommunaler Finanzausgleich (in Mrd. Euro)	1,850	1,940	1,890
Investitionsausgaben (in Mrd. Euro)	1,340	1,260	1,517
Investitionsquote (in Prozent)	10,6	9,7	10,6

Nach mehreren Jahren mit positiven Haushaltsabschlüssen, in denen sogar Schulden getilgt wurden, droht für 2021 wieder ein Minus am Jahresende – auch wenn ein Teil der Notkredite, die der Landtag wegen der Corona-Pandemie genehmigt hat, bereits in den Haushalt überführt wurden.

## Die öffentlichen Haushalte in Deutschland

**1.231.500.000.000 €**

Gut 1,2 Billionen Euro haben die öffentlichen Kassen in Deutschland in den ersten drei Quartalen 2020 ausgegeben. Das waren 11,6 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Davon entfielen 370 Milliarden Euro auf den Bund, 344 Milliarden auf die Länder, 210 Milliarden auf die Kommunen und 558 Milliarden auf die Sozialkassen. Teilweise werden die Ausgaben von einer Ebene an die andere weitergereicht und deswegen doppelt verbucht.

**1.074.400.000.000 €**

Auf gut eine Billion Euro beliefen sich die öffentlichen Einnahmen in Deutschland von Januar bis September 2020. Das waren 4,3 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 2019.

**157.100.000.000 €**

Gut 157 Milliarden Euro betrug in den ersten drei Quartalen 2020 das Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte. Im Vorjahreszeitraum hatte es noch einen Überschuss von 18,8 Milliarden gegeben.

**2.171.800.000.000 €**

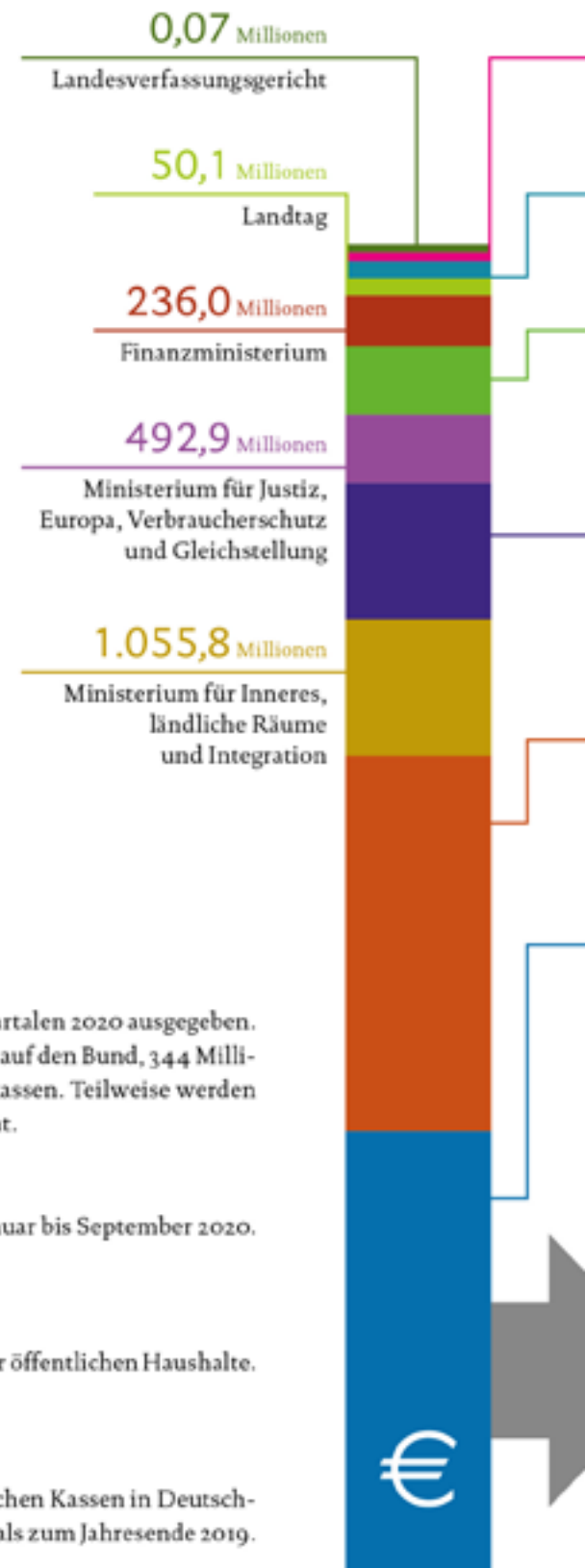
Fast 2,2 Billionen Euro betrug am 31. Dezember 2020 die Gesamtverschuldung der öffentlichen Kassen in Deutschland (Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen). Das waren 14,4 Prozent mehr als zum Jahresende 2019.

## Corona verhäng

*mehr Ausgaben, weniger E*

Der schleswig-holsteinische Landeshaushalt... mindestens für den Rest des Jahrzehnts unter... Seite 6). Und auch andere öffentliche Kassen im... Hier einige Zahlen zu den Finanzen...

(Quellen: Finanzministerium)





## gelt die Bilanz:

### Einnahmen, höhere Schulden

steht im laufenden Jahr und voraussichtlich dem Eindruck der Corona-Pandemie (mehr ab Bund und in den Ländern wurden hart getroffen. im Norden und in ganz Deutschland.

(SH, Statistisches Bundesamt)

**6,7 Millionen**

Landesrechnungshof

**58,2 Millionen**

Staatskanzlei

**474,6 Millionen**

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

**1.101,2 Millionen**

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

**2.318,4 Millionen**

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

**2.586,3 Millionen**

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

### Der Landeshaushalt 2021

Hinzu kommen die Ausgaben für Allgemeine Finanzverwaltung, Hochbaumaßnahmen, Raumbedarfsdeckung, Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung sowie das Infrastruktur-Modernisierungsprogramm „IMPULS 2030“ mit einem Volumen von 464,2 Millionen Euro.

## Der Landeshaushalt – die kommenden Jahre

	Soll 2020	Entwurf 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	Planung 2029
Bereinigte Einnahmen (in Mrd. Euro)	12,465	13,278	13,952	14,139	14,608	16,233
Davon Notkredite (in Mio. Euro)	1	403	888	667	539	300
Aufnahme Notkredit (in Mrd. Euro)	4,665	0	0	0	0	0
Bereinigte Ausgaben (in Mrd. Euro)	14,540	13,625	14,214	14,297	14,592	16,199
Nettokreditaufnahme (-) / Nettotilgung (+) (in Mio. Euro)	-6.730	-346	-262	-158	+16	+34
Zinsausgaben (in Mio. Euro)	363	455	462	503	599	793

Der Kreditrahmen, den der Landtag im vergangenen Jahr genehmigt hat, fließt in die Corona-Hilfe und in den regulären Haushalt. Der Haushalt soll damit Schritt für Schritt ausgeglichen werden, so dass ab 2024 wieder Überschüsse erwirtschaftet werden.

## Die Schulden der Bundesländer

Die Tabelle zeigt den Schuldenstand der deutschen Länder. Die Einwohnerzahlen der Länder unterscheiden sich erheblich, was Auswirkungen auf die Höhe der Haushalte und der Schulden hat. So hat Nordrhein-Westfalen sechs Mal so viele Bewohner wie Schleswig-Holstein. Die ostdeutschen Bundesländer stehen mit am besten da – sie starteten 1990 ohne Schulden in die deutsche Einheit.



in Milliarden Euro, Stand 30.09.2020



Diskussion am Rande der Sitzung (v. li.):  
Finanzministerin Monika Heinold (Grüne),  
Sozialminister Heiner Garg (FDP),  
Ministerpräsident Daniel Günther (CDU)

## Das Corona-Tagebuch

# Einschränkungen, Öffnungen und wachsender „Frust“

Die Konferenzen der Landeschefs mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geben den Takt in der Corona-Politik vor. Anschließend sind die Ergebnisse Thema im Landtag.

### 5. Januar:

Kanzlerin Merkel und die Regierungschefs der Länder einigen sich auf eine Verlängerung der ursprünglich bis zum 10. Januar vereinbarten Lockdown-Regeln bis zum Monatsende. Zudem sollen Treffen nur noch mit einer weiteren Person, die nicht zum eigenen Haushalt gehört, möglich sein.

### 7. Januar:

#### „Treffen Sie sich mit niemandem!“

Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) wirbt im Landtag für Disziplin in den kommenden Wochen.

„Treffen Sie sich in den nächsten drei Wochen möglichst mit niemandem“, so Günthers Appell. Es gehe jetzt darum, „alles Mögliche zu tun, damit wir ab Anfang Februar Menschen in Schleswig-Holstein wieder eine Perspektive geben können“. Ziel sei eine Inzidenz von weniger als 50 Corona-Fällen pro 100.000 Einwohner binnen einer Woche. Am Morgen der Debatte liegt der Wert im Lande bei 79. „Die Lage in den Krankenhäusern wird dramatischer“, mahnt Günther: „In den ersten neun Monaten der Pandemie hatten wir genauso viele Tote wie in den letzten fünf Wochen.“

Oppositionsführer Ralf Stegner (SPD) unterstützt „ausdrücklich die Prioritätensetzung“ der Landesregierung. Er prangert aber die schleppende Vergabe der Impftermine per Telefon an: „Dieses Verfahren sorgt für enormen Frust. Das gefährdet die Impfbereitschaft.“

### 19. Januar:

Ein erneuter Bund-Länder-Gipfel beschließt, die Einschränkungen bis zum 14. Februar fortzusetzen. In Geschäften und in Bus und Bahn sollen medizinische Masken getragen werden.

### 20. Januar:

#### Der Norden setzt auf einen „Perspektivplan“

Im Kampf gegen Corona kommen weitere „harte Wochen“ auf die Menschen zu, und das liege insbesondere an den neuen Virusmutationen.

Diese Erkenntnis gehöre zu den „Frusterlebnissen“ der vergangenen Tage, bekennt Ministerpräsident Günther. Um die Corona-Politik transparenter zu gestalten, wollen Bund und Länder konkrete Standards für den Rückbau der Einschränkungen erarbeiten, unterstreicht der Regierungschef: „Bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz haben wir einen Perspektivplan und einen Stufenplan.“

### 10. Februar:

Bund und Länder verlängern die meisten Einschränkungen bis zum 7. März. Ausnahmen: Kitas und Grundschulen sollen ab dem 22. Februar in den Regelbetrieb gehen. Im Lande soll dies allerdings nicht für fünf Kreise mit hohen Corona-Zahlen gelten. Frisöre dürfen ab 1. März öffnen.

### 11. Februar:

#### Der Norden macht wieder auf

Ministerpräsident Günther kündigt darüber hinaus eine Reihe von Öffnungsschritten für Schleswig-Holstein an. Zoos, Wildparks, Gartencenter und Blumenläden sollen zum 1. März öffnen.

Diese Maßnahmen seien „sorgsam und mit Augenmaß“ beschlossen worden, so der Regierungschef, und sie könnten notfalls auch wieder einkassiert werden. Weitere Lockerungen sind laut Bund-Länder-Beschluss erst ab einem Inzidenzwert von weniger als 35 vorgesehen. Am Morgen der Debatte liegt der Wert im Lande bei 60.

Das Gipfel-Ergebnis sei „wirklich bescheiden“, und vom schleswig-holsteinischen „Perspektivplan“ sei wenig übriggeblieben, so Oppositionsführer Stegner.



Fragen an die Regierung:  
Oppositionsführer Ralf Stegner (SPD)



## 26. Februar:

Wenige Tage vor der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz stellt Günther im Landtag Lockerungen für den Einzelhandel, für private Treffen, für die Gastronomie und für die Schulklassen 5 und 6 in Aussicht. Er strebe ein bundesweit einheitliches Regelwerk, zumindest aber eine norddeutsche Verständigung an.

## 3. März:

Die Bund-Länder-Runde will den Lockdown bis 28. März verlängern. Ab 8. März sollen private Treffen von zwei Haushalten mit bis zu fünf Personen wieder möglich sein. Je nach Inzidenz gibt es Lockerungen für Einzelhandel und Sport. Der Richtwert 35 wird wieder abgeschafft, die Schwellenwerte liegen jetzt bei den Inzidenzzahlen 50 und 100.

## 4. März: Auch der Einzelhandel darf an den Start gehen

**Die Einigung vom Vorabend habe Schleswig-Holsteins Erwartungen „gut erfüllt“, sagt Ministerpräsident Günther, und er kündigt noch weitergehende Schritte an.**

Ab dem 8. März darf im Norden der gesamte Einzelhandel wieder öffnen. Dies dürfe aber nicht dazu führen, „dass wir glauben, wir seien in Sicherheit“, mahnt Günther. Er verweist auf die eingebaute „Notbremse“. Bei steigenden Zahlen drohen neue Beschränkungen. Die Öffnung des Handels ist an eine stabile Corona-Inzidenz unter 50 geknüpft. Am Tag der Debatte liegt der Wert im Lande bei knapp 48. Der Regierungschef stellt zudem Lockerungen für Gastronomie und Hotels in Aussicht: Es gebe seinerseits „keine Absage an Reisen zu Ostern“. Sollte die Corona-Inzidenz im Lande Ende des Monats unter 100 liegen, werde die Außengastronomie wieder öffnen können.

## 23. März:

Wegen steigender Inzidenzzahlen beschließt ein Bund-Länder-Gipfel, der bis 3 Uhr morgens tagt, den Lockdown bis zum 18. April zu verlängern. Über Ostern sollen verschärfte Kontaktbeschränkungen gelten, Gründonnerstag und Ostersonnabend sollen als „Ruhetage“ gelten.

## 24. März:

Nach heftigen Protesten gesteht Kanzlerin Merkel ein, die Vorgabe zu den „Ruhetagen“ zu Ostern sei ein persönlicher „Fehler“ gewesen, denn die Regelung sei rechtlich nicht umsetzbar.

## 24. März: Ein Rückzieher und viel Kritik am „Flickwerk“

**Wenige Stunden nach der Kurskorrektur bekundet Ministerpräsident Günther im Landtag seinen „großen Respekt“ für die Kanzlerin.**

Der „Fehler“ sei gemeinsam mit allen Ministerpräsidenten beschlossen worden, betont Günther: „Auch ich habe dem am Ende zugestimmt.“ In Schleswig-Holstein sollen die Einschränkungen bis zum 11. April weitgehend so bleiben, wie sie sind. Ab dem 12. April kündigt der Regierungschef eine Öffnung der Außengastronomie in Kreisen mit einer Inzidenzzahl von weniger als 100 an. Landesweit liegt der Wert am Tag der Debatte bei 58. Auch Oppositionsführer Stegner zollt der Kanzlerin Respekt: „Es ist aller Ehren wert, dass sie die Verantwortung für diese 180-Grad-Wende übernimmt.“ Den Ministerpräsidenten fordert Stegner auf, „weniger anzukündigen und mehr einzuhalten“. Er erinnert an Günthers Versprechen, den Osterurlaub im Lande zu ermöglichen und die Außengastronomie bereits Anfang April zu öffnen. CDU-Fraktionschef Tobias Koch wirft der SPD im Gegenzug eine „irrsinnige Argumentation“ vor: „Von verantwortungsvollem und gemeinsamem Handeln bleibt bei Ihnen nicht viel übrig.“

Heftige Kritik gibt es am Krisenmanagement von Bund und Ländern. Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben nimmt das jüngste Treffen aufs Korn: „Das Ergebnis hilft wenig, die entnervte Bevölkerung an Bord zu halten. Es wurde mit heißer Nadel gestrickt, und das ergibt eben nur Flickwerk.“ „Katastrophal“, lautet das Urteil von FDP-Fraktionschef Christopher Vogt. Die stetige Verlängerung eines pauschalen Lockdowns führe zu Frust in breiten Teilen der Bevölkerung: „Nach mehr als einem Jahr Pandemie ist es Zeit für mehr intelligente und differenzierte Lösungen.“ Lars Harms (SSW) sieht das ähnlich: Dass eines der reichsten Länder seine Bevölkerung nicht schnell genug impfen könne, obwohl hier der beste Impfstoff entwickelt worden sei, könne man niemandem erklären. Und AfD-Vertreter Jörg Nobis spricht von einer „Bankrotterklärung“ der Kanzlerin. Der Osterruhe-Plan sei blanker Aktionismus gewesen.

# Sportvereine rutschen ins Minus: Land will helfen

**Mitgliederschwund, laufende Kosten, unklare Perspektiven: Die Corona-Einschränkungen treffen viele Sportvereine hart. Das Land hat im vergangenen Frühjahr ein Hilfspaket aufgelegt, nun wurden weitere 2,5 Millionen Euro bereitgestellt. Der Landtag unterstrich Ende Januar die gesellschaftliche Bedeutung des Sports.**



Flutlicht aus und keine Volltreffer im Netz: Seit Monaten befindet sich der Vereinssport in Schleswig-Holstein im Stillstand.

Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) warb für das Hilfsangebot des Landes: „Zusammen mit den Hilfen des Bundes für Proficlubs können wir allen im Sport, ob klein, ob groß, ob Breiten- oder Leistungssport, so einen Teil der finanziellen Sorgen von den Schultern nehmen.“ Lars Harms (SSW) kritisierte, dass das Landesprogramm auf 2,5 Millionen Euro gedeckelt sei, und dass die Förderung für jeden einzelnen Verein gekürzt werden solle, falls das Geld nicht ausreicht. An dieser Stelle müsse „nachgesteuert werden“.

Ein Hauptproblem: Insbesondere größere Vereine verlieren Zulauf. Vielerorts wurde die Mitgliederzahl in den vergangenen Jahren gesteigert, indem neben traditionellen Sportarten auch Kurse in Yoga, Jazztanz oder Rückengymnastik angeboten wurden. Zahlreiche Neumitglieder springen nun wieder ab, weil die Kurse wegen Corona ausfallen. Die Identifikation mit dem Verein sei bei Groß-Clubs „oft geringer als bei den kleineren Vereinen“, merkte Joschka Knuth (Grüne) an. In ihrem Wahlkreis seien insbesondere die Städte betroffen, berichtete Kathrin Bockey (SPD). „Jedes zehnte Mitglied“ sei verloren gegangen.

Vor diesem Hintergrund sei es notwendig, den Vereinen rasch Perspektiven für eine Öffnung zu bieten, forderte Barbara Ostmeier (CDU): „Je länger der Sport im Lockdown bleiben muss, desto gravierender werden die Verluste.“ Bei der Öffnung müssten Kinder und Jugendliche Vorrang haben, mahnte Jörg Hansen (FDP): „Sie leiden unter der Isolation, und die Folgen gesellschaftlicher Abschottung für ihre Entwicklung sind enorm.“

## Justizvollzug: „Superman und Superwoman“ statt „Schließer“

In den kommenden fünf Jahren muss das Land 281 Stellen im Justizvollzugsdienst neu besetzen. Darauf hat Justizminister Claus Christian Claussen (CDU) im Januar hingewiesen. Zum einen müssten etwa 20 Altersabgänge pro Jahr aufgefangen werden, zum anderen ergebe sich ein zusätzlicher Bedarf von 60 Stellen aus neuen Arbeitszeitregelungen im Wechselschichtdienst. Schließlich habe eine Bedarfsanalyse zum Ergebnis geführt, dass weitere 121 Stellen in diesem Bereich notwendig seien. In den kommenden zwei Jahren sollen 60 davon im Haushalt verankert werden. Nun gehe es darum, geeignete Bewerber zu finden, so der Minister: „Auch der Vollzug muss um gute Leute kämpfen.“

Entscheidend sei es, öffentliche Klischeebilder vom „Schließer“ oder „Wärter“ im „Knast“ geradezurücken, betonte Claussen. Neben einem höheren Einstiegsgehalt und einer modernen Führungskultur soll dazu auch eine „positive Öffentlichkeitsarbeit“ beitragen. Abgeordnete aller Fraktionen unterstrichen, wie dringend dieses Anliegen sei. Bewerber müssten Lebenserfahrung mitbringen und „charakterlich überaus gefestigt“ sein, merkte Burkhard Peters (Grüne) an. JVA-Mitarbeiter sollten körperlich fit, empathisch und sprachgewandt sein: „Wir suchen eigentlich Superman und Superwoman.“

## 115 Millionen Euro für den Straßen- und Radwegebau

Trotz Corona-Pandemie hat Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr 21 Millionen Euro mehr in das Straßennetz investiert als ursprünglich geplant. Insgesamt 115 Millionen Euro seien verbaut worden, berichtete Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) im Januar. Davon sind nach Ministeriumsangaben knapp 3,5 Millionen Euro in den Bau neuer Radwege geflossen. Nach Darstellung von Buchholz wurden mit dem Geld im vergangenen Jahr 157 Kilometer Fahrbahn und 58 Kilometer Radwege saniert. Er lobte ausdrücklich die Mitarbeiter des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr: „Ich bin stolz darauf, was die Kolleginnen und Kollegen dort im letzten Jahr geleistet haben.“

Zudem wurden laut Verkehrsministerium im vergangenen Jahr 93,6 Millionen Euro Bundesmittel in die Erneuerung der Bundesstraßen in Schleswig-Holstein investiert, darunter 1,8 Millionen Euro für Radwege. Das waren 24,3 Millionen Euro mehr als geplant. Zudem wurde Straßenbau in den Kommunen mit 26 Millionen Euro gefördert. Davon waren 3,5 Millionen Euro für Radwege. Kai Vogel (SPD) warf der Regierung Eigenlob vor. Oft scheitere der Straßenbau daran, dass die Kommunen ihren Eigenanteil von 50 Prozent nicht leisten könnten. Und: „Radwege haben nur dann eine Chance, wenn die Straße parallel zum Radweg saniert wird.“



# 16 Bundesländer auf dem Weg zum gemeinsamen Schulsystem?

Die Unterschiede zwischen den Schulsystemen der 16 Länder stoßen deutschlandweit auf Kritik. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat im vergangenen Oktober die „Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens“ vorgelegt, die nun den Weg zu einer größeren Einheitlichkeit ebnet. Das Papier stieß im Landtag Ende Februar auf ein geteiltes Echo.

Die „Ländervereinbarung“ soll das „Hamburger Abkommen“ aus dem Jahr 1964 ablösen. Kernziel: Schüler sollen bei einem länderübergreifenden Schulwechsel „ihre Bildungslaufbahn bruchlos fortsetzen können“. In der Grundschule soll es deswegen einheitliche Standards für sprachliche und mathematische Kompetenzen geben. Im Sekundarbereich I soll das Namenswirrwarr aus Gemeinschaftsschule, Hauptschule, Realschule oder Stadtteilschule sowie aus unterschiedlichen Abschlüssen verschwinden. Die Zahl der Wochenstunden soll vereinheitlicht werden. Die Länder verpflichten sich, ab 2023 die Hälfte der Abi-Aufgaben in Deutsch, Mathe, Englisch und Französisch aus gemeinsamen Aufgabenpools zu nehmen. Ab 2025 soll das auch für Biologie, Chemie und Physik gelten.

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) sprach von einem „großen Erfolg“. Die KMK habe auf die „berechtigten und notwendigen Rufe nach mehr Transparenz im deutschen Bildungswesen“ reagiert. Dies

könne „ein Quantensprung sein, um den Bildungsföderalismus für die Zukunft aufzustellen“, lobte Tobias von der Heide (CDU).

Die anderen Fraktionen waren skeptischer. Martin Habersaat (SPD) sah bei vielen Punkten den „Geist der Vergangenheit“ am Werk. Er forderte mehr Ganztagsangebote, digitales Lernen, Inklusion und die „Schule im eigenen Takt“ – die es jedem Schüler ermöglichen soll, im eigenen Tempo zum Abschluss zu kommen. „Die Menschen haben die Nase voll vom Hin und Her und von den Unterschieden in der Bildungspolitik der Länder“, merkte Ines Strehlau (Grüne) an. Der Bund müsse sich inhaltlich und finanziell stärker einbringen können. Auch Anita Klahn (FDP) verwies auf die „große Unzufriedenheit“ bei Schülern, Eltern und Lehrern“, etwa über die marode Ausstattung der Schulen und die schleppende Digitalisierung. Sie forderte ebenfalls eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes, denn Länder und Kommunen seien „arm dran“.

Jette Waldinger-Thiering (SSW) bezeichnete den deutschen Bildungsföderalismus hingegen als „große Stärke“, denn er gestatte den dänischen Schulen im Lande eine eigenständige Entwicklung. Der fraktionslose Abgeordnete Frank Brodehl (LKR) fordert eine „Orientierung an den Stärksten“ und verwies auf die „Erfolge“ in Bayern und Baden-Württemberg.

## Hilfsangebot für Heim-Opfer wird ausgeweitet

**Menschen, die in schleswig-holsteinischen Kinderheimen und Kliniken misshandelt wurden oder Opfer von Medikamentenversuchen waren, sollen bis 2030 Entschädigungszahlungen beantragen können. Das hat der Landtag Ende Februar einstimmig beschlossen. Bislang waren Zahlungen der Stiftung Anerkennung und Hilfe bis Juni dieses Jahres befristet. Zudem stellt das Parlament weitere 6,2 Millionen Euro zur Verfügung.**

Tausende Menschen wurden bis in die 1970er Jahre in staatlichen und kirchlichen Einrichtungen Opfer von Gewalt und Erniedrigung. Im Lande geschah dies beispielsweise in Schleswig und Glückstadt. Die Opfer erhielten erst durch Medienberichte in den vergangenen Jahren öffentliche Aufmerksamkeit. „Dass den Menschen lange nicht geglaubt wurde, tat ihnen besonders weh“, so Werner Kalinka (CDU). Marret Bohn (Grüne) appellierte an die Pharmakonzerne, die die Medikamentenversuche veranlasst hatten, ihre Schuld anzuerkennen und ihren Teil zur Wiedergutmachung beizutragen. Und auch die Kirchen seien in der Pflicht, hieß es in der Debatte.

Der Sozialausschuss und das Sozialministerium boten den Betroffenen im November 2018 ein Forum, um von ihren Erfahrungen zu berichten. Ein Lübecker Forscherteam hat das Thema wissenschaftlich aufgearbeitet. Aus den Mitteln der Landesstiftung können ehemalige Heimbewohner bis zu 9.000 Euro Entschädigung beantragen. Weitere 5.000 Euro können gezahlt werden, wenn Betroffene arbeiten mussten, ohne dass dafür Rentenbeiträge entrichtet wurden. Die Anträge können

an das Landesamt für soziale Dienste in Neumünster gerichtet werden. „Mit keiner Summe kann diesen Menschen das zurückgegeben werden, was ihnen genommen wurde“, betonte Sozialminister Heiner Garg (FDP): „Was wir aber können, ist sie zu sehen, ihnen zuzuhören und die ausgestreckte Hand zu ergreifen.“



November 2018: Opfer der Gewalt in schleswig-holsteinischen Heimen und Kliniken informieren im Plenarsaal Politik und Öffentlichkeit über ihre Erlebnisse.

## Glücksspiel: „Den Markt regulieren, um Spieler zu schützen“

**Schleswig-Holstein macht den Weg frei, um Online-Casinos und Internet-Sportwetten deutschlandweit zu erlauben. Der Landtag hat Ende März den gemeinsamen Glücksspielstaatsvertrag aller 16 Bundesländer mit großer Mehrheit durchgewunken. Lediglich die SPD stimmte dagegen und protestierte vehement.**

Ziel ist es, einen engen rechtlichen Rahmen für die Branche zu schaffen und damit die Spielsucht einzudämmen. Stimmen alle anderen Landesparlamente auch zu, tritt der Vertrag zum 1. Juli in Kraft. Dann endet nach zehn Jahren der schleswig-holsteinische Alleingang in diesem Bereich.

„Wir müssen Onlinespiele in geordnete Bahnen lenken und den Markt ordnen und überwachen“, sagte Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU). Glücksspiel im Internet lasse sich nicht verbieten, aber es lasse sich regulieren, so die Ministerin. Der CDU-Abgeordnete Hans-Jörn Arp (CDU) betonte: „Seit Jahrzehnten wird der Markt illegal betrieben, wir wollen ihn kontrollieren.“ Künftig soll es bei Online-Angeboten ein monatliches Limit von 1.000 Euro pro Spieler geben. Zwischen 6:00 und 21:00 Uhr soll ein Werbeverbot für Glücksspiel in Rundfunk und Internet gelten. Gefährdete Zocker werden in einer Sperrdatei erfasst. Eine neue zentrale Glücksspielbehörde mit Sitz in Sachsen-Anhalt soll die Aufsicht

über den Markt haben. Über einen „Safe Server“ hat die Behörde Zugriff auf alle Daten, die bei den Glücksspielunternehmen gespeichert sind.

### SPD: „Der Spieler verliert immer“

„Das Haus gewinnt immer, der Spieler verliert immer“, fasste Kai Dolgner die SPD-Vorbehalte zusammen. Die Glücksspielbranche sei darauf aus, die Spieler aufs Glatteis zu führen. An den Mechanismen von Anreiz und Nervenkitzel, die am Ende zur Sucht führen könnten, ändere auch der Staatsvertrag nichts. „Ein generelles Verbot hilft weder dem Spielerschutz noch dem Jugendschutz noch dem Suchtschutz“, erwiderte Jan Marcus Rossa (FDP). Er rief die Sozialdemokraten auf, eigene Lösungen anzubieten und verwies darauf, dass auch SPD-geführte Länder den Staatsvertrag unterzeichnet hätten.

Das Anbieten von Online-Glücksspielen war bislang in großen Teilen Deutschlands verboten. Nur Schleswig-Holstein hatte Lizenzen vergeben. Das Gesetz der damaligen schwarz-gelben Koalition aus dem Jahr 2011 wurde nach der Landtagswahl 2012 von der neuen SPD-Grünen-SSW-Koalition wieder aufgehoben, aber die bereits vergebenen Lizenzen blieben in Kraft. Vertreter der ehemaligen SPD-Partner verteidigten ihren Kurswechsel. „Das Totalverbot ist krachend gescheitert“, sagte Lasse Petersdotter (Grüne). Der illegale Schwarzmarkt sei aufjährlich eine Milliarde Euro angewachsen. „Es geht um Prävention und um ein klar begrenztes Spiel“, sagte Lars Harms (SSW). Künftig würden Spieler geschützt, und Betreiber müssten Abgaben zahlen, die etwa in Suchtprävention und soziale Projekte fließen. Koalitionsvertreter kündigten an, den Glücksspielmarkt weiter zu beobachten und, falls nötig, rechtlich nachzusteuern.



Roulette im Internet: bald nicht nur für „Personen mit gewöhnlichem Aufenthaltsort in Schleswig-Holstein“, wie es derzeit in der Werbung heißt

## Aktionsplan gegen Rassismus angekündigt

Mit einem umfangreichen „Landesaktionsplan“ will die Landesregierung gegen rassistische Denkmuster vorgehen. Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) stellte Ende März die Schwerpunkte vor, das Gesamtkonzept soll noch vor den Sommerferien folgen. „Wir ersetzen den Rassebegriff in Gesetzen und Verordnungen“, kündigte die Ministerin an. Dort seien noch „Denkmuster aus längst vergangenen Zeiten“ erkennbar.

Zudem würden die Demokratiebildung und die rassismuskritische Aufklärung im Bildungsbereich gestärkt. Dazu gehöre die Aufarbeitung der schleswig-holsteinischen Kolonialgeschichte.

Das Thema solle auch verstärkt in die Aus- und Fortbildung von Lehrern einfließen. Um einen „vielfältigen Öffentlichen Dienst“ zu schaffen, sollen „Werbebotschafter“ alle Bevölkerungsgruppen ansprechen und

zu einer Bewerbung für den Landesdienst ermutigen. Für die Verwaltung wird ein „Leitfaden zu rassismuskritischer Sprache“ erarbeitet. Außerdem sind Veranstaltungen der politischen Bildung geplant, gemeinsam mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann. Der Plan stieß im Landtag auf breiten Zuspruch. „Wir müssen als Staat mehr tun, um dem Grundrecht, rassismussfrei zu leben, gerecht zu werden“, so Aminata Touré (Grüne).



## Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

**Wahlgesetz:** Das schleswig-holsteinische Wahlgesetz wird mit Blick auf die Coronapandemie ergänzt. Ein fraktionsübergreifender Entwurf wurde Ende März einstimmig beschlossen. Die Wahl von Kandidaten und die Aufstellung von Landeslisten sind nun auch ohne die bisher notwendige körperliche Anwesenheit der Delegierten und Parteimitglieder möglich. Wenn der Landtag mit Zwei-Drittel-Mehrheit eine „Notlage“ feststellt, können Kandidatenvorschläge sowie die Vorstellungsreden der Kandidaten per Videokonferenz erfolgen. Die endgültige Abstimmung über die Bewerber soll dann „im Wege der Urnenwahl, der Briefwahl oder einer Kombination aus Urnen- und Briefwahl“ stattfinden. Dies soll sowohl für Landtagswahlen als auch für Kommunalwahlen gelten. Das Ende der „Notlage“ stellt der Landtag dann wiederum mit Zwei-Drittel-Mehrheit fest. Die nächste Landtagswahl ist turnusmäßig für Frühjahr 2022, die nächste Kommunalwahl für Frühjahr 2023 geplant.

Außerdem können Volksinitiativen während einer „epidemiologischen Notlage“ eine Fristverlängerung von drei Monaten beantragen, um auch unter erschwerten Bedingungen ausreichend Unterstützer zu finden. Die Frist kann mehrmals verlängert werden, solange die Notlage besteht. Die Entscheidung trifft der Landtagspräsident. Ein weiterer Punkt: Im Wahlgesetz wurde festgeschrieben, dass das Aufhängen von Wahlplakaten nur noch unter sehr strengen Bedingungen untersagt werden darf. Lediglich aus „herausragenden“ Gründen des Denkmal- oder Naturschutzes oder zur Wahrung der Verkehrssicherheit dürfen Gemeinden die Wahlwerbung sechs Wochen vor dem Wahltermin und zwei Wochen danach verbieten. Ansonsten gehe die „überragende Bedeutung“ der Wahl für die Demokratie vor.

**Helfergleichstellung:** Der Landtag will eine Regelungslücke im Katastrophenschutz schließen. Einstimmig verabschiedete das

Plenum im Januar einen Antrag der Jamaika-Koalition, der die Landesregierung bittet, einen Gesetzentwurf zur Helfergleichstellung von Einsatzkräften der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr vorzulegen. Ein entsprechendes Papier werde im Innenministerium bereits vorbereitet, hieß es.

Laut Landeskatastrophenschutzgesetz sind Arbeitnehmer, die während der Arbeitszeit an Einsätzen und Ausbildungsveranstaltungen teilnehmen, freigestellt und bekommen das Arbeitsentgelt weitergezahlt. Der Arbeitgeber kann eine Erstattung beantragen. Doch der Anspruch besteht bisher nur für bestimmte Einheiten, und er gilt nur für den Dienst im Katastrophenschutz. Für andere Hilfsorganisationen, etwa das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter oder den Malteser Hilfsdienst, gilt die Regelung bisher nicht. Das soll sich nun ändern.

„Lassen Sie uns gemeinsam diese Gerechtigkeitslücke schließen“, sagte Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) im Landtag. Sie wies zugleich darauf hin, dass die gesetzliche Freistellungsverpflichtung „einen erheblichen Eingriff des Staates in die Rechte der Arbeitgeber“ darstelle. Die entstehenden Kosten müsse das Land übernehmen. „Das sollte uns das auch Wert sein“, so die Ministerin.

Einig war sich der Landtag, dass die Helfergleichstellung ein wichtiger Schritt zur Förderung des Ehrenamtes sei. Tim Brockmann (CDU) führte in diesem Zusammenhang das Beispiel Bayern an. Dort gebe es seit Jahren die Helfergleichstellung. Im dortigen Haushalt seien 100.000 Euro eingestellt. „Auf Schleswig-Holstein runtergebrochen sind das aber deutlich weniger Mittel“, so Brockmann. Beate Raudies (SPD) mahnte an, auch die Kosten für Kinderbetreuung, psychosoziale Notversorgung oder zur Hinterbliebenenversorgung zu erstatten. Lars Harms (SSW) forderte, auch Helfer während Blutspendenaktionen mit in die Helfergleichstellung zu nehmen.

**„Runder Tisch“ Tierheime:** Ein „Runder Tisch“ soll die Finanzprobleme der schleswig-holsteinischen Tierheime angehen. Das hat der Umwelt- und Agrarausschuss im Februar angeregt, das Landtagsplenum folgte diesem Antrag einstimmig. SPD und SSW hatten die Debatte angestoßen. Die Idee: Die Landesregierung soll sich mit Vertretern von Kommunen und Tierheimen sowie der Tierschutzbeauftragten Katharina Erdmann zusammensetzen. Bis zum Sommer soll dann ein Konzept entstehen.

„Tierheime waren schon vor der Coronapandemie strukturell unterfinanziert“, betonte Stefan Weber (SPD). Durch Corona habe sich die Situation noch einmal verschärft, weil weniger Spenden bei den Heimen eingingen. Hinzu komme, so Weber, „dass die Vermittlungstätigkeit derzeit pandemiebedingt stark eingeschränkt ist.“ Joschka Knuth (Grüne) wies darauf hin, dass die Unterbringung von Fundtieren kommunale Aufgabe sei. Es bestehe „kein Zweifel, dass hier teilweise erhebliche Lücken klaffen“.

Ein wachsendes Problem in den 19 Tierheimen im Norden ist das „Animal Hoarding“, die Tiersammelsucht. In manchen Fällen werden in einer Wohnung mehr als 100 Katzen, Hunde, Hamster oder Vögel geborgen, die dann im Tierheim landen. Dort stößt man an Kapazitätsgrenzen. Hinzu kommt: Die Heime erhalten nur in den ersten 28 Tagen Geld von den Kommunen, um die Tiere zu füttern und medizinisch zu versorgen. Annabell Krämer (FDP) forderte, „dass den Tierheimen die Unterbringungskosten entsprechend des Aufwandes erstattet werden“. Dafür seien „90 Tage ein guter Richtwert“.



Einer von elf Experten, die per Videoschaltung oder persönlich im Plenarsaal auftraten: der Kieler Virologe Prof. Helmut Fickenscher. Er sah für den Sommer gute Chancen auf mehr Kontakte. Berichte, wonach Virus-Varianten sehr viel ansteckender seien als das Original, seien übertrieben.

# Sozialwissenschaftler fordern Corona-Lockerungen, Mediziner sind skeptisch

## Erneute Expertenanhörung im Plenarsaal

**Wie soll es in der Corona-Pandemie weitergehen? Elf Fachleute aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, Wirtschaft und Recht haben Mitte Februar ihre Positionen erläutert.**

Der Landtag hatte bereits im vergangenen November eine derartige Fragerunde für alle Abgeordneten angesetzt (s. Landtagszeitschrift 04/2020). „Ihre Einschätzungen sollen uns als fachlich-wissenschaftliche Grundlage des politischen Handelns dienen“, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie zur Eröffnung. Die Erkenntnisse der fünfständigen Veranstaltung sollen vor allem in die weiteren Beratungen der Fachausschüsse einfließen.

### Warnung vor dritter Welle, Zweifel an Schnelltests

„Durch die Lockerung der Kontaktbeschränkungen läuten wir die dritte Welle ein“, mahnte Alexandra Barth, Leitende Amtsärztin des Gesundheitsamts Neumünster. Es sei zu riskant, wieder Treffen von bis zu zehn Personen aus mehreren Haushalten zu erlauben. Dies sieht der „Perspektivplan“ der Landesregierung vor. Sie forderte, die privaten Beschränkungen bis in den Herbst aufrechtzuerhalten, etwa mit der Regel „fünf Personen aus zwei Haushalten“. Es gehe darum, die dritte Welle so flach wie möglich zu halten: „Wir müssen aufpassen, dass es kein Tsunami wird.“

Prof. Jan Rupp, Direktor der Klinik für Infektiologie und Mikrobiologie am UKSH in Lübeck, kritisierte diese Formulierungen: „Ich bin gegen solche Kraftausdrücke, weil sie Angst schüren.“ Die Inzidenzzahlen auf null zu senken, sei nicht möglich. „Es wird immer ein Restrisiko geben, das wir tragen müssen“, so Rupp. Prof. Helmut Fickenscher, Leiter des Instituts für Infektionsmedizin an der Kieler Uni, blickte auf den vorigen Sommer und Herbst zurück. Der damalige Auslandstourismus sei „die echte Ursache für die zweite Welle gewesen“. Den von Bundesgesundheitsminister Spahn angepriesenen Schnelltests bescheinigte er aktuell eine „mäßig gute Qualität“. Die Tests seien „nichts für Laien“, sagte er unter Hinweis auf den tiefen Nasenabstrich. Prof. Klaus Rabe, Ärztlicher Direktor der „LungenClinic Großhansdorf“, unterstützte Fickenscher: „Die Begeisterung für Testungen ist politischer Natur.“ Die oftmals falsch positiven Ergebnisse verursachten viel unnötige Arbeit in den Laboren und könnten das System überfordern, so Rabe.

### Massive psychische Folgen bei Kindern und Singles

Schulen und Kitas müssten „je eher desto besser“ in den normalen Modus zurückkehren, ansonsten drohten erhebliche psychische Folgen bei Kindern und Jugendlichen. Darauf wies Prof. Kamila Jauch-Chara, Direktorin der Klinik für Psychosomatik und Psychotherapie am UKSH Kiel, hin. 80 Prozent der Kinder fühlten sich deutlich in ihrer Lebensqualität eingeschränkt, und bei

einem Drittel der Kinder seien psychische Probleme diagnostiziert worden. Wenn das Erlebnis von Gemeinschaft weiter ausbleibe, dann seien Störungen in der Persönlichkeitsentwicklung und der emotionalen Intelligenz zu befürchten, die wohl erst im Erwachsenenalter sichtbar würden. Die Professorin rief die Schulen auf, die Ängste der Schüler im Unterricht anzusprechen.

Eine weitere stark betroffene Gruppe, die oft „außer Acht gelassen“ werde, seien die 17,8 Millionen Single-Haushalte in Deutschland, merkte Jauch-Chara an. Die Fälle von Einsamkeit, Depressionen und Angststörungen seien während des Lockdowns stark gestiegen. Jauch-Chara wies darauf hin, dass es auch mehr häusliche Gewalt und mehr Suizidversuche gebe. Ihre Forderungen: Kultureinrichtungen sollten wieder öffnen dürfen, die Kontaktregeln sollten auf zwei Haushalte ausgeweitet werden, und Kinder und Jugendliche sollten wieder Sport in Gruppen treiben dürfen.

Frank Roselieb, Direktor des Krisennavigators-Instituts für Krisenforschung in Kiel, rief die Politik auf, in einer klaren Sprache mit den Menschen zu kommunizieren. Die Kommunikation der schleswig-holsteinischen Landespolitik habe „Hand und Fuß“, so Roselieb. Demgegenüber sei der Schwenk der Bundesregierung auf eine Inzidenz von 35, ab der Lockerungen möglich sein sollen, nicht nachvollziehbar. „Ändern Sie bitte nicht mitten in der Krise Ihre Spielregeln wie die Bundespolitik“, riet er den Abgeordneten.



## Freiräume und Angebote für junge Menschen gefordert

Auch die Vorsitzende des Jungen Rates Kiel, Emma-Louisa Döhler, machte deutlich, dass Kinder und Jugendliche besonders stark von der Pandemie betroffen seien: „In unserer Lebenswelt fällt gerade so gut wie alles weg.“ Gleichzeitig würden junge Menschen wenig eingebunden und fühlten sich nicht ernstgenommen. Daher brauche es mehr Beteiligungsmöglichkeiten. Döhler forderte weniger Prüfungen, einen erleichterten Schulabschluss und mehr außerschulische Angebote wie ein wöchentliches Freizeitangebot für alle Kinder und Jugendlichen.

Gunda Voigts, Professorin für Soziale Arbeit an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg, stellte fest: „Das Wohl der Kinder und Jugendlichen muss Vorrang haben.“ Das sei in der UN-Kinderrechtskonvention klar verankert. „Wir Erwachsenen können abwarten, das ist bei Jugendlichen und Kindern ganz anders“, betonte sie. Voigts mahnte zudem, Schulen nicht nur als Lernort zu betrachten. Die Schule sei vielmehr ein Ort, um sich mit Gleichaltrigen auszutauschen. „Das geht nicht nur zuhause, Kontakte außerhalb der Familie sind wichtig“, so Voigts. Kinder bräuchten Freiräume, Erlebnisse und Spaß.

## Dramatische Schäden in einigen Branchen und Inflationsgefahr

Auch aus ökonomischer Sicht müssten Schulen schnellstmöglich für alle Klassenstufen wieder öffnen, sagte Prof. Gabriel Felbermayr, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. Starke Einschränkungen im schulischen Bereich wirkten sich „auf das Erwerbspotential der Menschen bis zur Rente aus“. Pro Schuljahr, das nicht regulär stattfinden könne, sinke das zukünftige Einkommen. Das bedeute „gigantische ökonomische Belastungen“ über das gesamte Erwerbsleben der heutigen Schüler.

„Wir brauchen ein funktionierendes Kompensationssystem“, sagte der Ökonom mit Blick auf die Belastungen der Unternehmer. Schleswig-Holstein verliere in der Pandemie monatlich eine halbe Milliarde Euro an Wertschöpfung. Felbermayr kritisierte das aktuelle System der Wirtschaftshilfen. Dieses basiere auf den Umsätzen der Unternehmen und deren Betriebskosten. Das helfe „nicht den Unternehmern, sondern den Banken und Immobiliengesellschaften.“ Würden statt der Fixkosten die Betriebsüberschüsse als Basis



Kinder und Jugendliche müssten in den Fokus der Corona-Politik rücken, mahnte Prof. Kamila Jauch-Chara: „UNICEF spricht bereits jetzt von einer verlorenen Kinder-Generation.“

der Berechnungen gewählt, würden „auch die Unternehmer bedacht“.

Die Pandemie wirke sich für die Branchen sehr unterschiedlich aus. Gewinner sei etwa die Medizintechnik, Verlierer kämen aus der Veranstaltungsbranche, der Gastronomie und dem Tourismus. In diesen Branchen gebe es zudem „kaum Nachholeffekte“. Ein Hotel könne in der Sommersaison nicht mehr als die vorhandenen Betten vergeben. „Die Unternehmen werden an der Preisschraube drehen“, sagte Felbermayr. Eine steigende Inflation könne die Folge sein.

## Juristen gegen sofortige Sonderrechte für Geimpfte

Dürfen die Grundrechte von Menschen, die gegen Corona geimpft sind, weiterhin eingeschränkt bleiben? Die Frage nach „Sonderrechten“ berge „gesellschaftspolitisches Sprengmaterial“, mahnte Achim Theis, Richter am Landesverfassungsgericht und Präsident des Schleswig-Holsteinischen

Verwaltungsgerichts. Grundrechte dürften nur dann eingeschränkt werden, wenn es absolut erforderlich sei. Eine definitive Antwort sei aber erst möglich, so die Kieler Jura-Professorin Kerstin von der Decken, „wenn jeder ein Impfangebot hatte und wenn wissenschaftlich erwiesen ist, dass eine geimpfte Person keine Gefahr mehr für andere darstellt“.

Die in Flensburg zwischenzeitlich ausgerufene Ausgangssperre von 21 Uhr bis 5 Uhr sei „in der Tat eine sehr hart eingreifende Maßnahme“, so von der Decken. Rechtlich sei dies aber für den Zeitraum von einer Woche möglich, „wenn alle anderen Maßnahmen nicht gezeichnet haben“. Theis fragte: „Wie weit wollen wir denn noch gehen? Wollen wir alle einsperren?“ Lob gab es von den beiden Juristen für den Stufenplan der Landesregierung. Angesichts der langen Dauer der Pandemie sei es angebracht, die Corona-Politik präzise zu formulieren und auch Perspektiven für Lockerungen zu eröffnen.



Die Juristin Prof. Kerstin von der Decken lobte den „Perspektivplan“ der Landesregierung und riet, ihn noch stärker am Bundesinfektionsschutzgesetz auszurichten.

# „Notausschuss“ eingerichtet – Streit um hybride Sitzungen

Wie kann der Landtag handlungsfähig bleiben, auch wenn ein Großteil der Abgeordneten nicht ins Landeshaus kommen kann – wegen einer Krisenlage wie Corona? Der Innen- und Rechtsausschuss diskutierte Ende Januar kontrovers mit Experten über die Einrichtung eines „Notausschusses“.

Die Idee eines elfköpfigen „Notausschusses“, im November von allen Fraktionen vorgelegt, stieß bei mehreren Fachleuten auf Skepsis: Anstatt einen Mini-Landtag einzuberufen, sei es besser, virtuelle oder hybride Sitzungen zu veranstalten, hieß es. Digitale Sitzungen entsprächen zwar „nicht dem parlamentarischen Ideal“, so Prof. Florian Becker von der Kieler Uni, aber es müsse darum gehen, auch in einer Notsituation die Rechte aller Abgeordneten möglichst weitgehend zu erhalten. Christoph Brüning, Präsident des Landesverfassungsgerichts, betonte, der Landtag sei auch während der Pandemie „nicht an seine Leistungsgrenze gekommen“ und habe stets tagen können. Falls aber eine große Zahl an Abgeordneten an Covid-19 erkranken oder in Quarantäne sein sollte, dann sei „natürlich Digitalisierung die Lösung“. Auch DAX-Konzerne und Gemeindevertretungen kämen so zu Beschlüssen, betonte Brüning.

Prof. Utz Schliesky, Verwaltungsjurist und Direktor der Landtagsverwaltung, sah das anders. Eine Debatte mit Rede und Gegenrede

sei „zentrale Voraussetzung für demokratisch legitimierte Entscheidungen“. Er wies auf die Gefahr von Täuschungen durch „Deep Fakes“ im Internet hin – täuschend echte digitale Kopien von realen Personen. Anna-Bettina Kaiser, Professorin an der Humboldt-Universität Berlin, merkte an, dass bei virtuellen Sitzungen viele Abgeordnete „nicht stabil online“ sein könnten. Möglicherweise sei es besser, eine Sitzung zu verschieben, anstatt das Notparlament einzuberufen, so der ehemalige FDP-Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig.

**Die Erkenntnisse aus der Anhörung flossen Ende März in die Verfassungsänderung ein, die der Landtag mit großer Mehrheit beschloss.**

Die Kernpunkte: Der „Notausschuss“ gibt die Stärken der Fraktionen wieder. Falls mehr als elf Abgeordnete anwesend sind, wird der Ausschuss nach einem Verteilungsschlüssel aufgestockt. Der Notausschuss darf nur Maßnahmen treffen, um die Handlungs-

fähigkeit des Landes während der Notlage zu sichern. Die Befugnis, dem Ministerpräsidenten das Misstrauen auszusprechen, Wahlen vorzunehmen oder die Verfassung zu ändern, steht ihm nicht zu. Wenn der Landtag wieder in voller Stärke zusammenkommt, sollen die Not-Beschlüsse außer Kraft treten – außer, der Landtag bestätigt sie.

„Wir machen unsere Demokratie damit krisenfest“, betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende Tobias Koch. Sein SPD-Amtskollege Ralf Stegner wies darauf hin, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag das erste deutsche Parlament sei, das eine solcher Absicherung für den Notfall beschliesse. „Unsere frei gewählte Volksvertretung ist kein Luxus, auf den man mal ein paar Wochen verzichten kann“, so Stegner.

Das Notparlament soll allerdings erst dann einberufen werden, wenn auch hybride Sitzungen nicht möglich sind. Umstritten blieb, ob derzeit die technischen Voraussetzungen für hybride Landtagssitzungen vorliegen, an denen alle Abgeordneten störungsfrei und sicher teilnehmen können. Landtagspräsident Klaus Schlie bezeichnete Tagungen, in denen ein Teil der Abgeordneten aus der Ferne dabei ist, als „letzten Notanker“. Der persönliche Austausch sei ein zentrales Element der Debatte. Der Grünen-Abgeordnete Andreas Tietze, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, sagte dagegen: „Digitale Sitzungen sind nicht unbedingt schlechter als Präsenzsitzungen.“ Er forderte mehr Mut zur Digitalisierung und weniger „Pessimismus und Bürokratismus“. Jan Marcus Rossa (FDP) wies darauf hin, dass jeder Abgeordnete das Recht habe, gegen einen Beschluss des „Notausschusses“ vor das Landesverfassungsgericht zu ziehen. Der Parlamentsbeschluss tritt erst dann in Kraft, wenn die Schleswiger Richter ihre Zustimmung gegeben haben. Die fraktionslose Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein monierte, dass Parlamentarier ohne Fraktionszugehörigkeit bei der Regelung nicht vorgesehen seien. Sie deutete rechtliche Schritte an: „Das werde ich nicht hinnehmen.“ Sayn-Wittgenstein und die AfD-Abgeordneten stimmten als einzige gegen die Verfassungsänderung.



Abstands- und Hygieneregeln vor dem Plenarsaal: Der Landtag will auch in der Pandemie arbeitsfähig bleiben, notfalls mit Hybridsitzungen oder über einen „Notausschuss“.



## Große Pläne für das Bahnnetz im Lande

Mehr Strecken, mehr Züge, mehr Oberleitungen, mehr Fahrgäste: Der schleswig-holsteinische Bahnverkehr könnte bis 2035 massiv ausgebaut werden. Die Vorlage liefert das Gutachten „Optimierung des Schienenverkehrs“, das Mitte März Thema im Wirtschaftsausschuss war. Das Verkehrsministerium hatte das Papier bei mehreren Instituten in Auftrag gegeben, Grundlage war ein Landtagsbeschluss aus dem Jahr 2019. Vertreter der Koalition sprachen von einem großen Wurf, während die SPD argwöhnte, Jamaika habe politischen Einfluss auf das Gutachten genommen.

Einige Kernpunkte: Stillgelegte Strecken sollen wieder in Betrieb gehen. In Frage kommen Uetersen-Tornesch-Barmbek, Niebüll-Flensburg, Geesthacht-Bergedorf und Neumünster-Ascheberg. Weitere Strecken sollen zweigleisig werden. Die Elektrifizierung des Bahnverkehrs soll von derzeit 30 auf 90 Prozent steigen. So sollen die Marschbahn nach Sylt und die Strecke Lübeck-Puttgarden Oberleitungen bekommen oder mit Batterie-Triebwagen befahren werden. Die Züge sollen schneller werden, auf einigen Strecken sind 160 km/h möglich. Derzeit erreicht der Regionalverkehr im Lande an einem durchschnittlichen Schulwerktag 73.000 Fahrplankilometer. Dieser Wert soll auf 116.000 Fahrplankilometer steigen. Statt derzeit 229.000 sollen im Idealfall täglich 336.000 Passagiere per Bahn unterwegs sein.

Gutachter Andreas Gille von der Ingenieurgesellschaft für Verkehrs- und Eisenbahnenwesen in Hannover hob den zweigleisigen Ausbau der Strecke Neumünster-Bad Oldesloe hervor, denn dort könne auch eine Umleitung



Eines der Ausbauprojekte: Die S-Bahnlinie 4 soll bis Bargteheide und Bad Oldesloe verlängert werden.

eingerrichtet werden, wenn die Linie Kiel-Hamburg mal wieder am Nadelöhr Elmshorn-Pinneberg stocken sollte. Bei der Elektrifizierung solle „erneuerbare Energie aus regionaler Produktion“ fließen: „Es geht darum, Verkehrsziele und Klimaziele zu verbinden.“ Wirtschaftsstaatssekretär Thilo Rohlf kündigte an, die Ergebnisse des Gutachtens in den neuen Landesnahverkehrsplan aufzunehmen, der im Herbst vorliegen soll. Nun müsse eine politische Priorisierung folgen, und die Vorschläge der Fachleute müssten „mit einem Preisschild versehen“ werden.

Lukas Kilian (CDU) lobte die „Elektrifizierungsoffensive“ mit heimischem Windstrom: „Wir haben Überschussstrom, und trotzdem fahren immer noch Dieselloks durchs Land.“ Andreas Tietze (Grüne) regte an, auch die Strecke Kiel-Preetz zweigleisig auszubauen.

Der mögliche Ausbau der Strecke Niebüll-Flensburg „mit Anbindung der Innenstadt“ sei besonders erfreulich, so Kay Richert (FDP). Auf die täglich 12.000 Grenzpendler nach Dänemark wies Christian Dirschauer (SSW) hin. Diese seien „meist mit dem Pkw unterwegs“. Der SPD-Abgeordnete Thomas Hölck forderte einen dichteren Takt der Hamburger S-Bahnlinie 1 nach Wedel.

Kai Vogel (SPD) monierte, dass das Gutachten zum Zeitpunkt der Ausschusssitzung noch nicht vorgelegen habe, und er äußerte den Verdacht, dass Koalitionsabgeordnete einen „Wissensvorsprung“ gegenüber der Opposition hätten und eigene „Wahlkreisprojekte“ in das Papier hineinverhandelt hätten. Jamaika-Vertreter wiesen den Vorwurf als haltlos zurück.

## Mehr regionale Sprachen im NDR-Programm

Im Radio- und Fernsehprogramm sowie im Online-Angebot des Norddeutschen Rundfunk sollen die Regional- und Minderheitensprachen künftig eine größere Rolle spielen. Laut Entwurf des neuen NDR-Staatsvertrags sind Plattdeutsch, Dänisch, Romanes und Friesisch „in den Angeboten des NDR regelmäßig und angemessen zu berücksichtigen“. Das stieß Mitte Februar im Innen- und Rechtsausschuss auf breiten Zuspruch.

Lars Harms (SSW) nannte es einen „Riesenerfolg“, dass künftig nicht nur Niederdeutsch, sondern auch die weiteren Regionalsprachen erwähnt werden sollen. Auch Tim Brockmann (CDU) sprach von einem „guten Signal“. Der gesamte Landtag habe sich immer wieder für eine Aufwertung der Regionalsprachen eingesetzt.

Die Landesregierungen von Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpom-

mern und Niedersachsen wollen den 15 Jahre alten NDR-Staatsvertrag modernisieren. Die Neufassung enthält auch die geschlechterparitätische Zusammensetzung des Rundfunkrats und des Verwaltungsrats, mehr Rechte für freie Mitarbeiter sowie das Ziel der Nachhaltigkeit in Betrieb und Programm. Der Staatsvertrag muss von den vier Landesparlamenten ratifiziert werden und soll spätestens zum 1. September in Kraft treten.

# Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

## Testen und Impfen hilft gegen Corona

Die Corona-Pandemie ist eine große Belastung für alle Menschen. Aber wir können etwas dagegen tun. Das sagen die Leute im Land-Tag.

Jeder Mensch kann jetzt einen Corona-Test machen. Und zwar ein Mal in der Woche. Manchmal ergibt der Test dass ein Mensch Corona hat. Dann muss er alleine bleiben. Damit er keine anderen Menschen ansteckt.

Heiner Garg ist der Minister für Gesundheit. Er sagt: Die Tests sind wichtig. Wenn wir viele Menschen testen dann brauchen wir irgend-wann keine Masken mehr. Und alle Menschen können sich wieder treffen und besuchen.

Dennys Bornhöft ist von der FDP. Auch er findet die Tests wichtig. Er sagt: Auch Konzerte kann es wieder geben. Und Gast-Stätten können wieder öffnen.

Katja Rathje-Hoffmann ist von der CDU. Sie sagt: Lehrer und Kinder-Gärtnerinnen müssen oft den Corona-Test machen. Denn sie treffen viele andere Menschen.

Birte Pauls ist von der SPD. Sie sagt: Auch Krankenschwestern und Pfleger müssen oft den Corona-Test machen.

Jette Waldinger-Thiering ist vom SSW. Sie sagt: In Dänemark klappt das Testen sehr gut. Dort kann schon lange jeder Mensch einen Test machen. Ohne dafür Geld zu bezahlen.

Außerdem ist das Impfen wichtig gegen Corona. Wer eine Impfung hat der ist gut geschützt vor der Corona-Krankheit.

Claus Schaffer ist von der AfD. Er sagt: Das Impfen darf kein Zwang sein. Denn viele Menschen haben Angst vor der Impfung. Sie meinen dass sie den Impf-Stoff schlecht vertragen.

Katja Rathje-Hoffmann von der CDU sagt: Das Impfen ist frei-willig. Es gibt keinen Zwang.

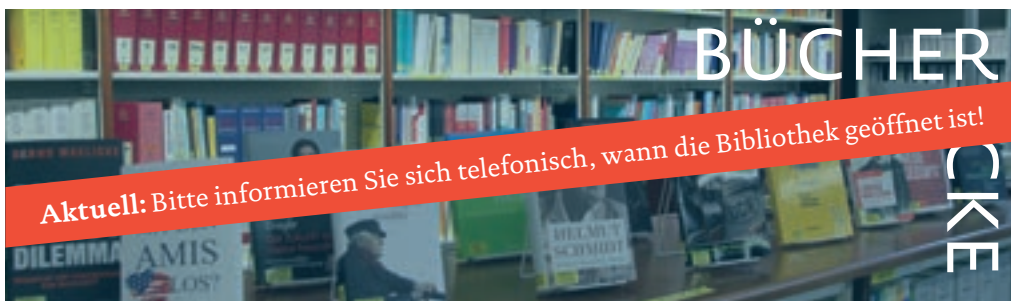
Corona ist für alte und kranke Menschen besonders gefährlich. Deswegen bekommen alte und kranke Menschen zuerst eine Impfung. In den Heimen für alte und kranke Menschen haben schon fast alle eine Impfung.

Marret Bohn ist von den Grünen. Sie sagt: Jetzt müssen Ärzte und ihre Mit-Arbeiter mit dem Impfen dran kommen. Denn auch sie treffen viele andere Menschen.



Ein Arzt impft einen Mann mit einer Spritze.





## Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



**Kersten, Jens; Rixen, Stephan: Der Verfassungsstaat in der Corona-Krise. München: Beck 2020. 181 S.**

Versagt unsere Verfassung während der Corona-Krise? Dieser Frage gehen die beiden Staatsrechtler Jens Kersten und Stephan Rixen nach und stellen klar: Auch jetzt gilt das Grundgesetz, an dem alle Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsakte zu messen sind, die von Gesetzgeber, Regierung und Verwaltung für die Bekämpfung der Pandemie eingesetzt werden. Bei jedem Grundrechtseingriff ist daher zu fragen, ob er verhältnismäßig ist. Kersten und Rixen zeigen sachlich, informiert und ausgewogen auf, was in der Pandemie geht und was auch in der Notsituation dem Gesetzgeber verwehrt bleibt.



**Avantgarde oder angepasst? Die Grünen – eine Bestandsaufnahme.**

**Hrsg.: Michael Wedell, Georg Milde. Berlin: Ch. Links Verlag 2020. 352 S.**

Sind die Grünen eine Verbotspartei oder eine Ermöglichungspartei? Fühlen sie sich wohler in der Opposition oder regieren sie lieber? Wie sehen sie sich selbst? Der Politikwissenschaftler Georg Milde und der Partner der Unternehmensberatung Brunswick Group, Michael Wedell, haben Antworten zur Frage der Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung der Grünen zusammengetragen: Ein breites Autorenspektrum von den Grünen selbst, von der politischen Konkurrenz sowie aus Medien, Wirtschaft, Verbänden und Kirchen beleuchtet in diesem Sammelband, wo die Grünen herkommen, wie sie sich verändert haben und was ihre neue Rolle sein könnte.



**Brissa, Enrico: Flagge zeigen! Warum wir gerade jetzt Schwarz-Rot-Gold brauchen. München: Siedler 2021. 287 S.**

Enrico Brissa, langjähriger Protokollchef zweier Bundespräsidenten und seit 2016 Leiter des Protokolls des Deutschen Bundestages, geht der Frage nach, warum unsere Flagge so viele Aggressionen auf sich zieht. Er fragt weiter, warum es hingenommen wird, dass die Symbole unserer Republik zunehmend von der extremen Rechten besetzt und umgedeutet werden. Schwarz-Rot-Gold steht für unsere freiheitliche Verfassung und damit für das Fundament unserer offenen Gesellschaft. Brissa wirbt für einen gelebten Verfassungspatriotismus und zeigt auf, warum wir gerade in Krisenzeiten unsere Staatssymbole brauchen.

## Dokumentation zum Altenparlament erschienen

Die Dokumentation des Altenparlaments, das im vergangenen September im Landtag zusammenkam, ist nun erschienen. Der 360 Seiten starke Band enthält die Aussprache im Plenum sowie alle Beschlüsse der Altenparlamentarier, ebenso wie die Stellungnahmen aus den Fraktionen, aus der Landesregierung und von den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten. Außerdem ist der Fachvortrag des Berliner Sozialwissenschaftlers Rainer Fretschner zum Thema „Wir sind alt, und ihr seid jung!“ nachzulesen.

Die Publikation kann kostenlos bestellt werden: [bestellung@landtag.ltsh.de](mailto:bestellung@landtag.ltsh.de)

## Impressum

### Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Referat für Öffentlichkeitsarbeit,  
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)  
Tel. 0431/988-1268, [johannes.utzolino@landtag.ltsh.de](mailto:johannes.utzolino@landtag.ltsh.de)

Karsten Blaas (Redakteur)  
Tel. 0431/988-1125, [karsten.blaas@landtag.ltsh.de](mailto:karsten.blaas@landtag.ltsh.de)

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)  
Tel. 0431/988-1122, [yvonne.windel@landtag.ltsh.de](mailto:yvonne.windel@landtag.ltsh.de)

### Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Yvonne Windel, Detlef Ziep, Janine Wergin, Anna Gellner, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Ch. Links Verlag, Siedler-Verlag, Beck-Verlag, Thommy Weiss/pixelio.de, Adobe Stock Nr. 341730140

### Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel,  
[www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de)

### Titelseite:

Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

### Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel,  
[www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de)

### Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH  
Billstraße 103, 20539 Hamburg

### Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)  
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit,  
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639,  
Fax 0431/988-1119, [bestellung@landtag.ltsh.de](mailto:bestellung@landtag.ltsh.de)

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,  
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. März 2021

Der Landtag im Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)

Lösungswort des Quiz auf Seite 12:

**MANDATE**

# Abgeordnete persönlich



**Doris von Sayn-Wittgenstein, fraktionslos, geboren 1954, Rechtsanwältin**

## Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich war bereits Mitte der achtziger Jahre für einige Zeit in der CDU. Damals gaben Männer wie Stoltenberg und Dregger den Ton dort an. Aus beruflichen und familiären Gründen habe ich seinerzeit meine Aktivitäten aber eingestellt. Die Politik der offenen Grenzen von Frau Merkel im Jahr 2015 und die sich daraus andeutenden Veränderungen für unser Land haben mich veranlaßt, mich der Alternative für Deutschland anzuschließen.“

## Was wollten Sie als Kind werden?

„Schon als Kind wollte ich Rechtsanwältin werden und bin seit 1983 zugelassene Rechtsanwältin.“

## Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„In meiner Familie werden mehrere Sprachen gesprochen, und so habe ich in der Schule versucht, meine Kenntnisse in Russisch, Französisch und Englisch auf ein solides Fundament zu stellen. Im Russischen ist mir das aber leider nicht so sehr gelungen. Deswegen hatte ich im vergangenen Jahr einen mehrwöchigen Sprachurlaub in Rußland geplant; leider ist dann aber Corona dazwischengekommen.“

## Was war Ihr allererster Job?

„Meinen ersten Job hatte ich als Studentin beim Internationalen Suchdienst, heute ‚Arolsen Archives‘, in Arolsen. Ich habe dort Karteikarten von Menschen in Konzentrationslagern in Händen gehalten. Das hat mich sehr beeindruckt und bewegt, denn hinter jeder dieser Karten stand ja ein schlimmes menschliches Schicksal.“

## Was macht Sie wütend?

„Man muß versuchen, Problemen auf einer sachlichen Ebene zu begegnen. Dabei sind negative Gefühle nicht hilfreich.“

## Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Auf alle Fälle muß der Lockdown ein Ende haben. Darüber hinaus wünsche ich mir ein Bewußtsein für Tradition und Bewährtes. Bei unseren jungen Menschen sollte Bildung stärker das Musische und Künstlerische fördern.“



**Johannes Callsen, CDU geboren am 14. April 1966 in Langdeel, Gemeinde Mohrkirch (Kreis Schleswig-Flensburg), Diplom-Verwaltungswirt, evangelisch, zwei Kinder**

## Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich habe mich schon als Jugendlicher intensiv mit der Geschichte meiner Heimatregion befasst. Daraus entstand der Wunsch, auch die zukünftige Entwicklung mitzugestalten. So bin ich als Gemeindevertreter in meiner Heimatgemeinde Mohrkirch angefangen und habe später im Kreistag mitgewirkt, unter anderem als Vorsitzender der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg. Hier konnte ich viele Jahre Erfahrungen in der ehrenamtlichen Kommunalpolitik sammeln, die auch als Landtagsabgeordneter für mich wichtig und hilfreich sind.“

## Was wollten Sie als Kind werden?

„Jedenfalls nicht die typischen Berufe, die Jungs gerne zugeschrieben werden. Mir hat das Schreiben schon immer Spaß gemacht, außerdem habe ich auf dem Trecker gern bei der Feldarbeit auf unserem Hof geholfen.“

## Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Meine Lieblingsfächer waren ganz klar Geschichte und Deutsch. Mathe hat mir da eher Magengrummeln bereitet.“

## Was war Ihr allererster Job?

„Als Jugendlicher habe ich schon begonnen, nebenbei – und nach Schulschluss – Texte für die regionale Zeitung zu schreiben und wurde relativ früh ‚fester freier Mitarbeiter‘, um über Gemeinderatssitzungen, Vereinsaktivitäten oder besondere Ereignisse in der Region zu berichten, später kam dann eine freie Mitarbeit bei Radio Schleswig-Holstein hinzu. Meine erste Ausbildung habe ich in der Verwaltung bei der Stadt Kappeln gemacht.“

## Was macht Sie wütend?

„Für mich zählt der sachliche Austausch – auch in der Politik. Deswegen sind mir gute Argumente und Überzeugungskraft wichtiger als Unterstellungen und Halbwahrheiten.“

## Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Schleswig-Holstein ist nach meiner Überzeugung auf einem guten Weg. Die größte Herausforderung ist jetzt natürlich die Bewältigung der Corona-Pandemie, wozu wir übrigens alle mit Solidarität beitragen können, um als Gesellschaft, aber auch mit Blick auf die Wirtschaft, gut durch diese Krise zu kommen. Für die Zukunft wird es darum gehen, aus diesen Erfahrungen die richtigen Schlüsse zu ziehen: Stärkung des Mittelstandes, Chancen der Digitalisierung oder schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sind da nur einige Beispiele.“





Geschäftsleute aus Gastronomie und Einzelhandel demonstrierten im Winter wöchentlich vor dem Landeshaus. Die Forderung: Öffnungsperspektiven und eine raschere Auszahlung der Corona-Hilfen.

## Zu Besuch im Landeshaus



Emma-Louisa Döhler vom Jungen Rat der Stadt Kiel warnte Mitte Februar vor den psychischen Folgen der Corona-Einschränkungen für Kinder und Jugendliche. Mehr: Seiten 24/25



Die Oberhäupter der deutschsprachigen Landesparlamente aus Deutschland, Österreich, Belgien und Südtirol waren Anfang Februar per Video-Konferenz zusammenschaltet. Landtagspräsident Klaus Schlie (re.) und Landtagsdirektor Utz Schliesky vertraten Schleswig-Holstein bei der „Europakonferenz“. Mehr: Seite 4



Die Politik habe beim Thema Frauenhäuser „das Pferd von hinten aufgezäumt“, beklagten Demonstrantinnen während der Haushaltsdebatte Ende Februar – und brachten einen Vierbeiner mit.



Der ehemalige FDP-Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig (von 1996 bis 1998 im Amt) war einer der Experten, die im Innen- und Rechtsausschuss zum Plan eines „Notparlaments“ in Krisenzeiten Stellung nahmen. Mehr: Seite 26



# Termine, Termine, Termine ...

## Comic-Ausstellung ab Juni

Die zunächst für den vergangenen November angekündigte Ausstellung zur schleswig-holsteinischen Comic-Kultur soll nun am 9. Juni eröffnet werden und bis zum 29. August im Landeshaus zu sehen sein (s. Landtagszeitschrift 3/2020). Gezeigt werden Werke von den US-amerikanischen „Katzenjammer Kids“, deren Schöpfer aus Dithmarschen stammte, über die Erfolgsfigur „Werner“ bis hin zu neuen Arbeiten aus dem Lande.

**Aktuelles auf [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)**

## „Fehmarnbelt Days“ als Hybridkonferenz

Der Bau der festen Fehmarnbeltquerung wird die Region Ostholstein verändern, und die skandinavischen Nachbarn rücken näher an Schleswig-Holstein heran. Die „Fehmarnbelt Days“ sollen am Montag, den 31. Mai, Perspektiven aufzeigen. Das ursprünglich geplante Bürgerfest in Weißenhäuser Strand wurde wegen der Corona-Pandemie abgesagt, aber eine hybride Konferenz unter dem Motto „Our region, our future. Stronger together“ bietet Fachleuten und Öffentlichkeit die Möglichkeit zum Dialog. Ab 9:15 Uhr geht es etwa um Verkehr, Arbeitsmarkt, Umweltschutz, Tourismus und Kultur. Zu den Diskussions- teilnehmern gehören Ministerpräsident Daniel Günther, Wirtschaftsminister Bernd Buchholz, Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher sowie der dänische Transportminister Benny Engelbrecht und EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean. Auch der Europaausschuss und weitere Abgeordnete sind dabei.

**Mehr auf [fehmarnebelt.com](http://fehmarnebelt.com)**

## 1.700 Jahre jüdisches Leben: Veranstaltungen auch im Norden

Anlässlich des Festjahres „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“ hat der Landtag Ende Februar Antisemitismus und die wachsende Gewalt gegen Juden scharf verurteilt und sich zu der dauerhaften Verpflichtung bekannt, jüdisches Leben in Schleswig-Holstein zu fördern. Der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann, plant mehrere Veranstaltungen zu dem Thema. Am 1. Juni wird der Kölner Publizist Alex Feuerhardt zu einer Lesung erwartet, am 23. August ist eine Lesung mit dem Journalisten Ronen Steinke, Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“, geplant, und am 7. November soll in Lübeck eine Lesung mit Konzert unter dem Titel „Ich hatte einst ein schönes Vaterland“ stattfinden. **Mehr unter [www.politische-bildung.sh/1700jahre](http://www.politische-bildung.sh/1700jahre)**

## Roger de Weck liest im Landtag

In seinem Buch „Die Kraft der Demokratie“ gibt Roger de Weck „eine Antwort auf die autoritären Reaktionäre“. Die Schwäche der Demokraten sei viel gefährlicher als die Lautstärke ihrer Gegner, warnt der Schweizer Publizist, ehemaliger Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“. Demokraten müssten gemeinsam an der Demokratie von morgen arbeiten, „damit Gestrige nicht die Zukunft kapern“. Am 18. Mai um 19:00 Uhr liest Roger de Weck im Landtag aus seinem Buch. Je nach Pandemielage wird die Veranstaltung hybrid oder ausschließlich online stattfinden.

**Aktuelles unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)**

## Sprechtage der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Frühjahr Außensprechtage. Ob die Termine tatsächlich stattfinden oder ob wegen der Corona-Pandemie stattdessen Online-Sprechtage wahrgenommen werden können, steht aktuell im Internet:

**[www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de),  
Rubrik „Beauftragte“.**

Geplant sind folgende Termine:

**Dienstag, 20. April: Heide  
Donnerstag, 6. Mai: Lübeck  
Dienstag, 18. Mai: Heide  
Donnerstag, 3. Juni: Lübeck  
Dienstag, 15. Juni: Heide  
Donnerstag, 1. Juli: Lübeck**

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 16:00 Uhr. Termine in **Heide** im Bürgerhaus, Neue Anlage 5, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Zudem ist eine persönliche Beratung in der Dienststelle im Karolinenweg 1 in Kiel in Einzelfällen nach telefonischer Anmeldung möglich. Und: Zwischen 9:00 Uhr und 15:00 Uhr sowie mittwochs bis 18:30 Uhr gibt es weiterhin eine Beratung am Telefon – zu Fragen des Sozialrechts wie auch zu den weiteren Zuständigkeiten der Bürgerbeauftragten (Polizeibeauftragte, Antidiskriminierungsstelle und Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche).